

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

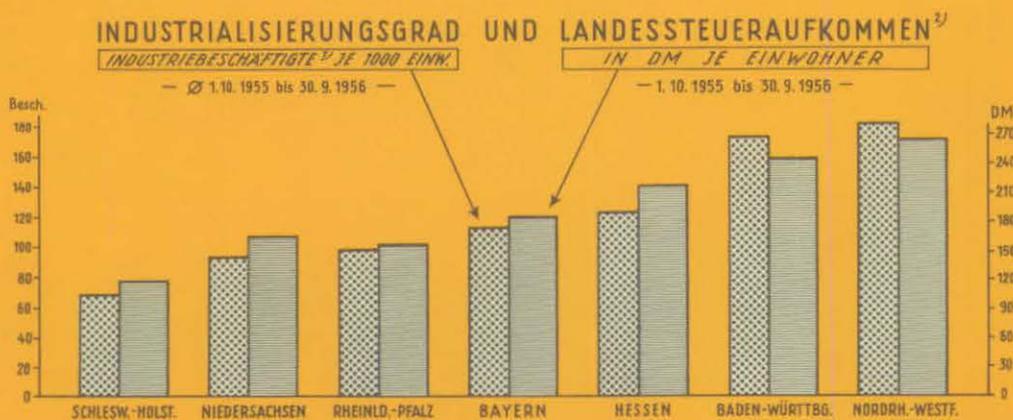


September 1957

9. Jahrgang · Heft 9

INHALT

Gesamtüberblick	269	Die Struktur der Fürsorgebevölkerung 1956 . . .	283
Kredite und Einlagen im Jahre 1956 . . .	270	Kurzberichte	
Die betriebswirtschaftlichen Meldungen in der Landwirtschaft .	276	Die öffentlichen Straßenverkehrsmittel 1955 und 1956	290
Das Wohnungsbauergebnis 1956 . .	280	Die Leistungen der Bundespost im Jahre 1956	292
Tabellenteil	294		



¹⁾nach der monatlichen Industrierichterstattung, ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
²⁾nach Abzug des Bundesanteils

Herausgegeben vom

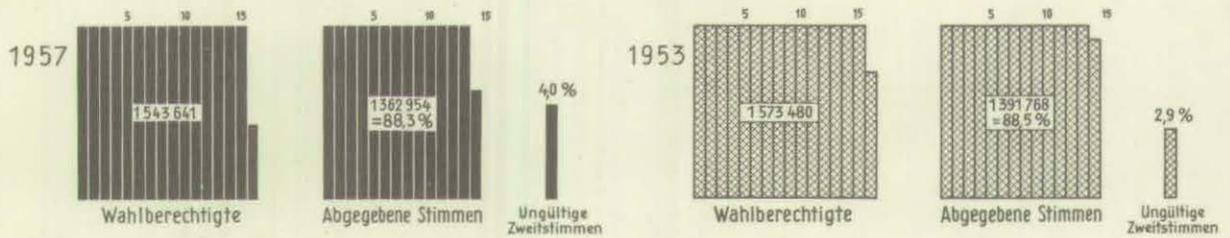
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

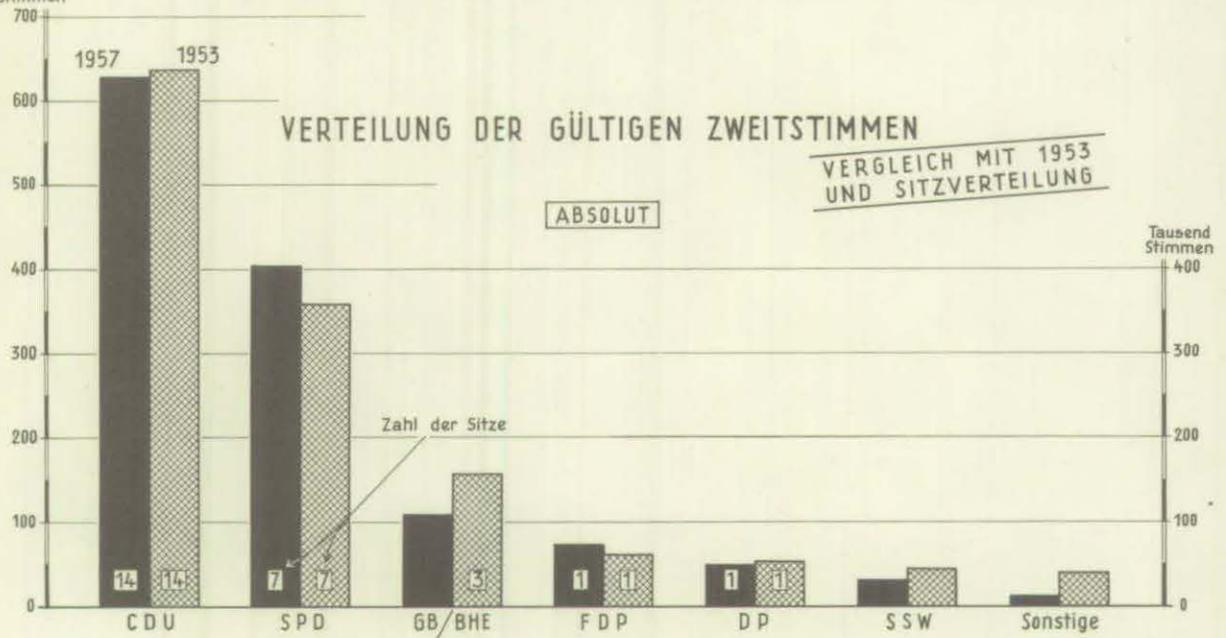
DIE WAHL ZUM 3. BUNDESTAG AM 15. 9. 1957 IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

WAHLBETEILIGUNG

VERGLEICH MIT 1953



Tausend Stimmen

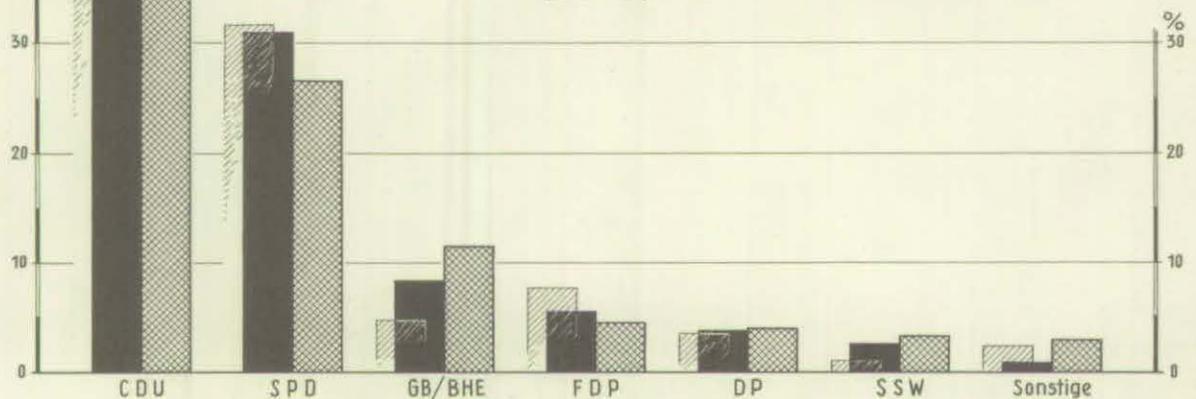


% 1957 BUND 1953

VERTEILUNG DER GÜLTIGEN ZWEITSTIMMEN

VERGLEICH MIT 1953 UND BUNDESERGEBNIS 1957

IN %



STATISTISCHES LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

HINWEISE

Die Hinweise unterrichten über Zahlen, die außerhalb des Landes anfallen und für Schleswig-Holstein von Bedeutung sind

Kiel, den 30. September 1957

STATISTISCHE UNTERLAGEN

zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft
der Bundesländer 1950 bis 1956

Das Statistische Bundesamt hat im September 1957 als Fortsetzung seiner Statistischen Berichte, Arbeits-Nr. II/6, eine neue Zusammenstellung statistischer Unterlagen zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer herausgegeben. Die auf den neuesten Stand gebrachte und gegenüber 1956 zum Teil erweiterte und verbesserte Ausgabe 1957 (Arbeits-Nr. II/6/8) enthält für alle Bundesländer, das Bundesgebiet, Berlin (West) und, soweit möglich, auch für das Saarland Angaben aus den Jahren 1950 bis 1956 über Bevölkerung, Gesundheitswesen, Unterricht und Bildung, Erwerbstätigkeit, Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Bauwirtschaft und Wohnungen, Verkehr, Geld und Kredit, Fürsorge, Öffentliche Finanzen und Löhne.

Im Auftrage:
gez.: Hansen

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

September 1957



9. Jahrgang · Heft 9

Gesamtüberblick¹

ERSTE ERGEBNISSE DER WOHNUNGSSTATISTIK 1956/57

Der Bestand an Normalwohnungen in Schleswig-Holstein betrug am 25.9.1956 579 170 Wohnungen, das sind fast 125 000 Wohnungen = 28 % mehr als im Herbst 1950. Jede vierte Wohnung des heutigen Wohnungsbestandes ist also in den letzten sechs Jahren erbaut worden. Neben den Normalwohnungen wurden 46 376 Notwohnungen gezählt. Die Zahl der Räume (einschl. Küchen) in Normalwohnungen betrug 2,159 Mio, die der Wohnparteien 720 366. Während 1950 auf jede Normalwohnung fast zwei Wohnparteien entfielen, waren es 1956 nur noch 1,3.



WEITER STEIGENDE EINWOHNERZAHL

Nachdem die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins im 1. Vierteljahr 1957 erstmalig zugenommen hatte, stieg sie im 2. Vierteljahr um weitere 2 255 Personen auf 2 256 800. Die Zunahme ergab sich hauptsächlich aus einem Geburtenüberschuss von 2 239; die Wanderungsbilanz war mit 21 440 Zuzügen und 21 424 Fortzügen etwa ausgeglichen.

Von 8 729 lebendgeborenen Kindern im 2. Vierteljahr 1957 kamen 743 (8,5 %) unehelich zur Welt. Unter den 6 490 Gestorbenen waren 301 Kinder, die das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. Die Zahl der Eheschliessungen lag mit 4 976 um 484 höher als im 2. Quartal 1956.

Von der Wohnbevölkerung des Landes waren am 30.6. 1957 rund 636 400 (= 28,2 %) Vertriebene.



NEUER BESCHÄFTIGUNGSHÖCHSTSTAND IN DER INDUSTRIE²

Im Juli 1957 waren in der Industrie Schleswig-Holsteins 167 800 Personen beschäftigt, das sind rund 3 300 mehr als im September 1956, dem Zeitpunkt der vorjährigen Höchstbeschäftigung. Der

Anteil des Landes an den Industriebeschäftigten im Bund betrug wie im Juli 1956 2,3 %.



BESCHÄFTIGUNG IM BAUWERBE³ UNTER DEM VORJAHRESSTAND

Die Zahl der Beschäftigten im schleswig-holsteinischen Baugewerbe lag im Juli 1957 mit 56 700 Personen um 3 % unter dem entsprechenden Vorjahresstand (Bund: - 8 %). Die Gesamtarbeitsleistung (10,1 Mio Arbeitsstunden) blieb um 7 % hinter dem Ergebnis von Juli 1956 zurück.



ERNEUTE ZUNAHME DER KRIMINALITÄT

Die Zahl der nach dem allgemeinen Strafrecht und dem Jugendstrafrecht verurteilten Personen betrug im Jahre 1956 insgesamt 16 570 Personen, das sind 733 = 5 % mehr als im Vorjahr. Die Steigerung von 1954 auf 1955 hatte 7 % betragen.

1) Angaben für den Bund jeweils ohne Saarland und Berlin (West)

2) nur Betriebe, die am 30. 9. 1956 im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigte hatten

3) Bauhauptgewerbe, durchlaufende Reihen

Das Volumen der von den schleswig-holsteinischen Kreditinstituten gewährten Wirtschaftskredite ist 1956 um 8,5 % auf 2 161 Mio DM gestiegen. Die entsprechende Zunahme im gesamten Bundesgebiet betrug 13,2 %. Von den Wirtschaftskrediten waren Ende 1956 40 % kurz- und 60 % längerfristig. Während die kurzfristigen Kredite gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig (0,1 %) auf 858 Mio DM stiegen, erhöhten sich die mittel- und langfristigen Kredite um 14,8 % auf 1 303 Mio DM. Die von den Spezialinstituten für Teilzahlungs- und Absatzfinanzierung eingeräumten Kredite nahmen um 7 % zu und beliefen sich Ende 1956 auf 28,8 Mio DM (Zunahme im Bund: + 13 %) – Von den gesamten Krediten entfielen am 31. 12. 1956 37 % auf die Gruppe "Industrie, Gewerbe, Handwerk", 31 % auf die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, 13 % auf den Handel und 11 % auf den Wohnungsbau. Mit Ausnahme von "Industrie, Gewerbe, Handwerk" haben alle Kreditnehmergruppen den Umfang ihres Kreditvolumens gegenüber dem Vorjahr ausgedehnt. Während im Wohnungsbau 88 %, in Industrie, Gewerbe, Handwerk 67 % und in der Landwirtschaft 54 % der Kredite längerfristig waren, überwogen im Handel mit 79 % des Gesamtvolumens die kurzfristigen Kredite. – Von den Krediten, die von Teilzahlungsfinanzierungsinstituten gewährt wurden, sind im 4. Vierteljahr über die Hälfte für die Ausstattung von Wohnungen mit Textilhausrat, hauswirtschaftlichen Geräten und Maschinen sowie Möbeln verbraucht worden. 36 % der Kredite dienten dem Ankauf von Kraftwagen, Motorrädern und Anhängern. – Dem Rückgang des Kreditvolumens stand eine verstärkte Einlagenbildung gegenüber. Die Guthaben von Wirtschaft und Privaten (einschl. privater Sparguthaben) betragen Ende 1956 1 272 Mio DM. Sie lagen damit um 21 % höher als Ende 1955 (Zunahme im Bund: + 14 %). Von den Einlagen waren 616 Mio DM Sicht- und Termineinlagen und 656 Mio DM Spareinlagen. Die Zuwachsrate der Sparguthaben ging in Schleswig-Holstein von + 20 % im Jahre 1955 auf + 17 % im Jahre 1956 zurück (Bund 1955: + 23 %, 1956: + 14 %). – Der Zufluss der Einlagen und das Masshalten in der Kreditgewährung ermöglichte es den Kreditinstituten, ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten um 66 Mio DM auf 260 Mio DM abzubauen. Andererseits konnten sie ihre liquiden Mittel und Wertpapierbestände weiter erhöhen, so dass Ende 1956 für das längerfristige Kreditgeschäft 1 311 Mio DM zur Verfügung standen, das sind 161 Mio DM mehr als Ende 1955.

Kredite und Einlagen im Jahre 1956

- Von Hans Kimmelmeier, Kiel -

Vorbemerkung

Wie auch in den Vorjahren wurden für die nachstehenden Untersuchungen die monatlichen und vierteljährlichen statistischen Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein und der Bericht über das Geschäftsjahr 1956 der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein herangezogen.

Der Kreis der berichtspflichtigen Kreditinstitute ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. An der monatlichen Bilanzstatistik beteiligen sich in Schleswig-Holstein:

- 3 Grossbanken (Filialen im Lande)
 - 9 Regionalbanken und Privatbankiers
(davon 2 mit Hauptsitz in Hamburg)
 - 1 Girozentrale
 - 61 Sparkassen
 - 5 Realkreditinstitute
(davon 2 verlagerte, abwickelnde Institute)
 - 1 Ländliche Zentralkasse
 - 54 Ländliche Kreditgenossenschaften
(von insgesamt ca. 450)
 - 42 Gewerbliche Kreditgenossenschaften
 - 18 Teilzahlungs- und Absatzfinanzierungsinstitute
 - 2 Staatliche Institute mit Sonderaufgaben
- 196 Institute

I. Die Kredite an die Wirtschaft

Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft verlief auch im Jahr 1956 ruhiger als im übrigen Bundesgebiet; lediglich auf einigen Teilgebieten konnte der durch die Wirtschaftsstruktur des Landes bedingte Abstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt ermäßigt werden. Die Zahl der Arbeitslosen ist von Ende September 1955 bis Ende September 1956 um rd. 13 000 auf 44 790 zurückgegangen. Trotz der Weiterführung der Umsiedlung und der

übergebiethlichen Vermittlung von Arbeitskräften ist der Anteil des Landes an der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik aber nahezu unverändert geblieben.

Die Industrie beschäftigte in den Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten 164 500 Arbeitskräfte, d. s. etwa 10 000 mehr als Ende September 1955; ihr Umsatz erhöhte sich 1956 um 14% auf 4,8 Mrd DM (1955: + 13%); er lag mit diesem Ergebnis über dem Durchschnitt im Bund, wo die Steigerung des Umsatzes etwa 12% ausmachte (1955: + 18%).

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins, die unmittelbar in das Ausland ging, konnte um 24% auf 719 Mio DM gesteigert werden (1955: + 14%). Auch die Landwirtschaft, deren Ernteergebnis mit einem Getreidewert von 3,5 Mio t mengenmäßig um 14% über dem Vorkriegsdurchschnitt lag, nahm eine befriedigende Entwicklung. Doch reichten die wirtschaftlichen Erfolge nicht aus, den Vorsprung des Bundes wesentlich aufzuholen. Die Tätigkeit der schleswig-holsteinischen Kreditinstitute wurde, wenn man von dem Entwicklungsverlauf der heimischen Wirtschaft absieht, von der Lage an den westdeutschen Geld- und Kreditmärkten beeinflusst, die weitgehend von den Maßnahmen der Notenbank zur Sicherung der Währung und der Konjunktur stabilisierung bestimmt wurde. Die gesamten kurz- und längerfristigen Wirtschaftskredite in Schleswig-Holstein, die 1955 um 378 Mio DM auf 1 992 Mio DM gestiegen waren, erhöhten sich bis Ende 1956 nur noch um 169 Mio DM auf 2 161 Mio DM. Der relative Zuwachs, der im Vorjahr noch 23,4% betragen hatte, ermäßigte sich auf 8,5%. Im Bundesgebiet dagegen nahmen

Die gesamten Wirtschaftskredite
(kurz- und längerfristig)

Tab. 1

Stand am Ende des Jahres	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet	
	Wirtschaftskredite insges. in Mio DM	Zunahme gegenüb. dem Vorjahr in %	in % des Bundesgebietes	Wirtschaftskredite insges. in Mio DM	Zunahme gegenüb. dem Vorjahr in %
1953	1 305	.	3,2	40 524	.
1954	1 614	+ 23,6	3,2	50 171	+ 23,8
1955	1 992	+ 23,4	3,3	61 121	+ 21,8
1956	2 161	+ 8,5	3,1	69 159	+ 13,2

die Gesamtausleihungen noch um 8 038 Mio DM zu (1955: + 10 950 Mio DM); infolgedessen war die Abnahme der prozentualen Erhöhung von 21,8% auf 13,2% dort wesentlich geringer als in unserem Lande.

Da die relative Steigerung der Kredite in Schleswig-Holstein beträchtlich geringer war als im Bundesdurchschnitt, ist der Anteil des Landes am Gesamtkreditvolumen des Bundes von 3,3% auf 3,1% zurückgegangen. Die in den Berichten früherer Jahre erwähnte Umschichtung im Verhältnis der kurzfristigen Kredite zu den längerfristigen Ausleihungen hat sich auch im Jahre 1956 fortgesetzt. Hatten 1955 die Kurzkredite in Schleswig-Holstein mit 857 Mio DM noch 43% des Gesamtvolumens auf sich vereinigt, so machte ihr Anteil Ende 1956 mit 858 Mio DM nur noch 40% aus. Dementsprechend ist der Anteil der längerfristigen Kredite von 1 135 Mio = 57% auf 1 303 Mio DM = 60% gestiegen. Ähnlich entwickelte sich die Zusammensetzung des Gesamtkreditvolumens des Bundesgebietes.

In den Zahlen der Tabelle 1, die die Entwicklung

der gesamten Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private darstellen, sind die von den Spezialinstituten für Teilzahlungs- und Absatzfinanzierung eingeräumten Kredite enthalten.

In Schleswig-Holstein sind diese Kredite von 27 Mio DM Ende 1955 um nur 1,8 Mio DM = rd. 7% auf 28,8 Mio DM gestiegen. 1955 hatte die Zunahme noch 26% betragen.

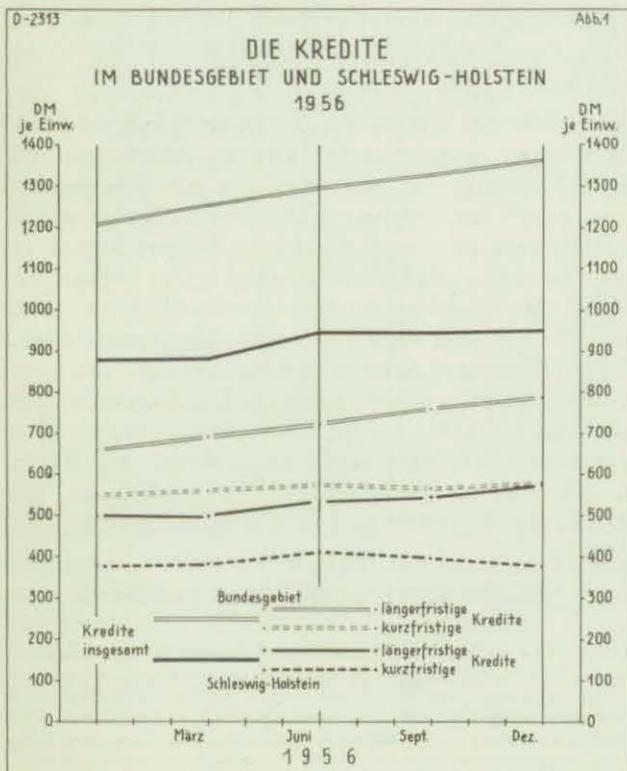
Im Bundesgebiet nahmen die Kredite der Teilzahlungsfinanzierungsinstitute etwa doppelt so stark, nämlich um insgesamt 13% zu, erreichten aber ebenfalls bei weitem nicht mehr die Zuwachsrate des Vorjahres (+45%).

1. Die kurzfristigen Kredite

An dem Wachstum aller an die schleswig-holsteinische Wirtschaft gewährten Ausleihungen im Jahre 1956 in Höhe von 169 Mio DM sind die Kurzkredite nur mit einer Zunahme um 1 Mio DM auf 858 Mio DM beteiligt. Der Stand von Ende 1955 wurde beinahe unverändert gehalten (Tabelle 2).

Tab. 2 Die kurzfristigen Kredite an die Wirtschaft

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet		
	Kurzfristige Kredite insges. in Mio DM	Veränderung in % gegenüber		Kurzfristige Kredite insges. in Mio DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vor-termin	Vor-jahr		Vor-termin	Vor-jahr
Dez. 1955	857	.	+ 17,0	27 724	.	+ 11,7
März 1956	869	+ 1,4	+ 1,4	28 392	+ 2,4	+ 2,4
Juni 1956	935	+ 7,6	+ 9,1	29 003	+ 2,2	+ 4,6
Sept. 1956	902	- 3,5	+ 5,3	28 653	- 1,2	+ 3,4
Dez. 1956	858	- 4,9	+ 0,1	29 275	+ 2,2	+ 5,6



Während im Bund die Zuwachsrate des kurzfristigen Kreditvolumens bei einer absoluten Erhöhung um 1 551 Mio DM für 1956 auf annähernd 6% zurückging (1955: + 12%), verringerte sie sich in Schleswig-Holstein auf 0,1% (1955: + 17%). In unserem Lande lag die Zunahme im 1. Halbjahr mit 78 Mio DM um etwa 1/4 unter derjenigen des Vorjahres, im Bund dagegen war sie nur rd. 8% niedriger. Bis zum Jahresschluß setzte sich bei uns der Abbau der Kurzkredite fort, im Bundesgebiet dagegen wurde die im 3. Vierteljahr eingetretene Verminderung durch wieder steigende Kreditinanspruchnahme in den letzten drei Monaten mehr als wettgemacht. Aus den vierteljährlichen Erhebungen über die Verwendung der kurzfristigen Kredite ist zu schließen, daß an dem Rückgang bis zum Jahresschluß nicht nur die Landwirtschaft mit der üblichen Abdeckung ihrer Verpflichtungen aus Ernteerlösen und Verkäufen von Gräservieh, sondern auch die Industrie und das Handwerk beteiligt waren.

Bei den schleswig-holsteinischen Teilzahlungsfinanzierungsinstituten, deren Kurzkredite in den Zahlen der kurzfristigen Kredite an die

Wirtschaft (Tabelle 2) enthalten sind, waren Ende 1956 20,4 Mio DM in Anspruch genommen, d. s. 1,4 Mio DM mehr als Ende 1955. Im Zuge der Gesamtentwicklung hat sich auch hier die Zuwachsrates von 21% im Jahre 1955 auf etwas mehr als 7% Ende 1956 ermäßigt.

Die von Geschäftsbanken und Sparkassen eingeräumten Teilzahlungskredite mit kurzer Laufzeit haben zwar mit einem Gesamtbetrag von 18,5 Mio DM das Volumen der Teilzahlungsfinanzierungsinstitute noch nicht erreicht, jedoch ist die relative Steigerung mit 28% viermal größer und überschreitet diejenigen des Vorjahres (+ 23%).

Von öffentlich-rechtlichen Körperschaften waren am Jahresende 6,6 Mio DM bei den Kreditinstituten kurzfristig in Anspruch genommen (1955: 4,7 Mio DM). Da diese Kredite im kurzfristigen Sektor eine nur untergeordnete Rolle spielen - es handelt sich zumeist um vorübergehende Kassenkredite - sind sie in die Betrachtung nicht einbezogen worden.

Auch die kurzfristigen Bank-an-Bank-Kredite, die im Berichtsjahr um 12,4 Mio DM auf 73,7 Mio DM abgebaut werden konnten und fast ausschließlich Refinanzierungen der Sparkassen und ländlichen Kreditgenossenschaften bei ihren Spitzeninstituten darstellen, sind unberücksichtigt geblieben.

2. Die längerfristigen Ausleihungen¹

Fast die gesamte Zunahme der Kredite an die schleswig-holsteinische Wirtschaft entfiel auf die längerfristigen Ausleihungen. Sie erhöhten sich um 168 Mio DM auf 1 303 Mio DM; die Zunahme betrug damit nur 15% gegenüber 29% im Vorjahre.

Im Bundesgebiet stiegen die Ausleihungen um 6 487 Mio DM auf 39 884 Mio DM; das entspricht einem Rückgang von + 32% auf etwas mehr als + 19%.

Die Teilzahlungsfinanzierungsinstitute hatten Ende 1956 8,4 Mio DM längerfristige Ausleihungen zur Verfügung gestellt. Es handelt sich hier ausnahmslos um Kredite mit mittlerer Laufzeit. Der Zuwachs, der sich mit 0,4 Mio

Tab. 3 Die längerfristigen Ausleihungen an die Wirtschaft

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet		
	Längerfristige Kredite insges. in Mio DM	Veränderung in % gegenüber		Längerfristige Kredite insges. in Mio DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vor-termin	Vor-jahr		Vor-termin	Vor-jahr
Dez. 1955	1 135	-	+ 28,8	33 397	-	+ 31,8
März 1956	1 136	+ 0,1	+ 0,1	35 063	+ 5,0	+ 5,0
Juni 1956	1 218	+ 7,2	+ 7,3	36 723	+ 4,7	+ 10,0
Sept. 1956	1 241	+ 1,9	+ 9,3	38 554	+ 5,0	+ 15,4
Dez. 1956	1 303	+ 5,0	+ 14,8	39 884	+ 3,4	+ 19,4

1) einschl. durchlaufender Kredite

DM in bescheidenen Grenzen hielt, machte nur 5% aus (1955: + 2,2 Mio DM = 38%). Bei den Sparkassen und Geschäftsbanken erhöhten sich die längerfristigen Teilzahlungskredite nur um 0,2 Mio auf 8,2 Mio DM = 2 1/2% (1955: + 1,7 Mio DM = 27%).

Eine besondere Untersuchung über die Entwicklung der Kredite an die öffentliche Hand und an Kreditinstitute wurde nicht angestellt. Sie wurden auch nicht in die Tabelle 3 einbezogen.

Die längerfristigen Bankkredite an öffentlich-rechtliche Körperschaften stiegen um 41 Mio DM auf 224 Mio DM (1955: + 59 Mio DM).

Bei der Erhöhung der längerfristigen Bank-an-Bank-Kredite um 29 Mio DM auf 134 Mio DM handelt es sich fast ausschließlich um Mittel, die den Sparkassen und Kreditgenossenschaften von ihren Spitzeninstituten zur Verfügung gestellt wurden.

3. Die Verteilung der Kredite auf die einzelnen Wirtschaftszweige

Einen aufschlußreichen Überblick über die Verteilung der gesamten Ausleihungen auf die einzelnen Wirtschaftszweige (Tabelle 4), über die Zusammensetzung dieser Kredite nach ihrer Fristigkeit (Tabelle 5) und über die Anteile der Wirtschaftszweige an den kurz- und längerfristigen Krediten (Tabelle 6) vermittelt eine vierteljährliche Sondererhebung über die Aufgliederung der Ausleihungen der Kreditinstitute².

Die Tabelle 4 zeigt, daß mit Ausnahme der Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk alle übrigen Kreditnehmergruppen an der absoluten Zunahme des Gesamtkreditvolumens beteiligt waren.

Nach wie vor stand am Ende des Jahres 1956 die Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk mit einem Betrag von 833 Mio DM an der Spitze, wenn auch nach einer laufenden Steigerung bis zur Jahresmitte und einem kräftigen Abbau in den beiden letzten Quartalen ihr relativer Anteil am Gesamtvolumen von 41% Ende 1955 auf 37% bis zum Jahresschluß 1956 zurückging. Diese Abnahme dürfte neben der ungünstigen Situation am längerfristigen Kreditmarkt auf Sondereinflüsse (z. B. hohe Anzahlungen des Auslandes für Exportaufträge), denen die Wirtschaft Schleswig-Holsteins bis zu Beginn des Jahres 1957 unterlag, zurückzuführen sein.

Der weitaus größte Teil, nämlich 346 Mio DM = 16%, wurde entsprechend der Bedeutung der

2) Um einen einigermaßen einwandfreien Schlüssel für die Zusammensetzung und Verteilung der Ausleihungen zu errechnen, wurden die Zahlen der monatlichen Bilanzstatistik und der Sondererhebung durch die Kreditsummen der nicht zur Berichterstattung herangezogenen kleineren Sparkassen und Kreditgenossenschaften, deren Kreditgewährung in der Hauptsache der Landwirtschaft zuzuordnen ist, vervollständigt.

Die Verteilung der Gesamtkredite¹
auf die einzelnen Wirtschaftszweige

Tab. 4

Wirtschaftszweige	Mio DM		In % der Gesamtkredite	
	31.12. 1955	31.12. 1956	31.12. 1955	31.12. 1956
Wohnungsbau	204	253	10,0	11,3
Industrie, Gewerbe, Handwerk	843	833	41,2	37,4
darunter				
Stahl-, Eisen-, Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbau	360	346	17,6	15,5
Versorgungsbetriebe	32	12	1,5	0,5
Bauwirtschaft	66	66	3,2	3,0
Nahrungs-, Genuss- und Futtermittelindustrie	158	164	7,7	7,4
Textil und Bekleidung	46	56	2,2	2,5
darunter				
Handwerk	84	78	4,1	3,5
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	552	683	26,9	30,6
Handel	291	298	14,2	13,4
Sonstige Wirtschaftszweige ²	158	163	7,7	7,3
insgesamt	2 048	2 230	100	100

1) Ergänzt durch die Zahlen der nicht zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Institute - ohne umgestellte Altkredite 2) Fremdenverkehr, Verkehrsunternehmen, Strassen-, Hafen- und Brückenbau sowie nicht aufgliederbare Zweige einschl. Teilzahlungskredite

Werften und der mit ihnen zusammenarbeitenden Zulieferungsindustrien, vom Stahl-, Eisen-, Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbau in Anspruch genommen (1955: 360 Mio DM = 18%). Ihm folgten in weitem Abstand die Nahrungs-, Genuß- und Futtermittelindustrie, die Bauwirtschaft, Textil und Bekleidung und schließlich die Versorgungsbetriebe.

An zweiter Stelle stand als Kreditnehmer die Landwirtschaft, deren Gesamtverpflichtungen überwiegend durch langfristige Mittel für das ländliche Siedlungswesen um 131 Mio DM auf 683 Mio DM gewachsen sind. Ihr Anteil, der im Vorjahr 27% betragen hatte, erhöhte sich dadurch auf 31%.

Die Zunahme der Kredite an den Handel schwächte sich im Berichtszeitraum sehr stark ab; sie betrug 7 Mio DM gegenüber 26 Mio DM im Vorjahre. An den gesamten Ausleihungen war dieser Wirtschaftszweig nur noch mit 13% beteiligt (1955; 14%).

Eine im Vergleich zu den anderen Kreditnehmergruppen relativ kräftige Steigerung der Kredite um 49 Mio DM auf 253 Mio DM zeigte sich beim Wohnungsbau. Sie erreichte aber bei weitem nicht mehr das Ergebnis des Jahres 1955, das rd. 72 Mio DM betragen hatte.

Die Aufstockung der Kredite an "Sonstige Wirtschaftszweige" bewegte sich im abgelaufenen Jahre in bescheidenen Grenzen (+ 5 Mio DM).

Die Tabelle 5 gibt Aufschluß über die Anteile der kurzfristigen und der längerfristigen Kredite der einzelnen Wirtschaftszweige an ihrer Gesamtverschuldung.

Beim Wohnungsbau und bei den sonstigen Wirt-

Die Zusammensetzung der Kredite nach der Fristigkeit
- in % der Verschuldung der einzelnen Gruppe -

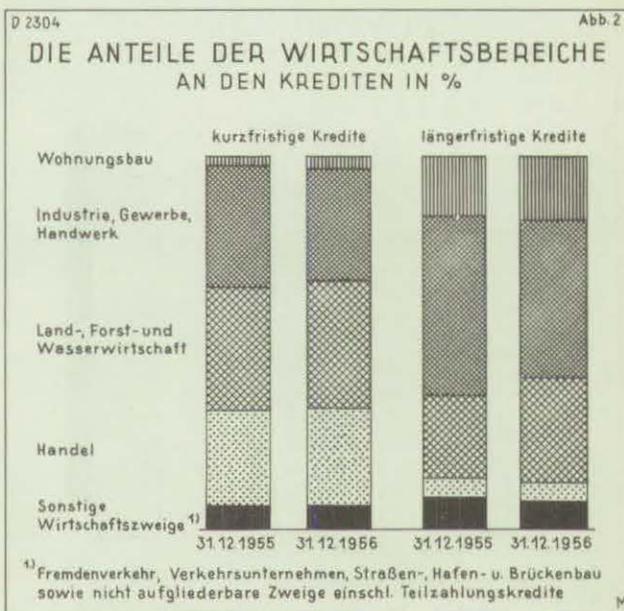
Tab. 5

Wirtschaftszweige	Kurzfristig		Längerfristig	
	31.12. 1955	31.12. 1956	31.12. 1955	31.12. 1956
Wohnungsbau	10,7	11,7	89,3	88,3
Industrie, Gewerbe, Handwerk	35,2	33,0	64,8	67,0
darunter				
Stahl-, Eisen-, Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbau	22,7	18,2	77,3	81,8
Versorgungsbetriebe	9,5	5,2	90,5	94,8
Bauwirtschaft	62,0	61,6	38,0	38,4
Nahrungs-, Genuss- und Futtermittelindustrie	52,9	47,0	47,1	53,0
Textil und Bekleidung	45,3	41,7	54,7	58,3
darunter				
Handwerk	39,7	42,5	60,3	57,5
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	54,2	46,0	45,8	54,0
Handel	79,8	79,0	20,2	21,0
Sonstige Wirtschaftszweige ¹	36,9	37,3	63,1	62,7
insgesamt	44,3	41,0	55,7	59,0

1) vergleiche Tabelle 4, Fussnote 2)

schaftszweigen erhöhten sich - wie auch in den Vorjahren - die Anteile der kurzfristigen Kredite. Bei allen übrigen Gruppen verschob sich das Verhältnis zwischen kurz- und langfristigen im Berichtsjahr weiter zugunsten der längerfristigen Kredite. Besonders stark trat dies bei der Landwirtschaft ein (Zunahme von 46% auf 54%). Die Zunahme der längerfristigen Verschuldung der Landwirtschaft betrug 116 Mio DM. Allein 120 Mio DM, also mehr als die Gesamtzunahme, waren für die Förderung der ländlichen Siedlungstätigkeit vorgesehen, während sich die Meliorations- und Rationalisierungskredite verringerten.

Aus der vierteljährlichen Sondererhebung über die Aufgliederung der Ausleihungen der Kreditinstitute, die durch die Zahlen der monatlichen Bilanzstatistik und die Daten der nicht berichtspflichtigen Institute ergänzt wurden, sind die



Anteile der Wirtschaftszweige an den kurz- und längerfristigen Krediten an die Wirtschaft ermittelt worden (Abbildung 2).

An dem Gesamtvolumen der kurzfristigen Wirtschaftskredite im Betrage von 915 Mio DM (1955; 908 Mio DM) waren beteiligt:

	Mio DM		dagegen 1955	
		%	Mio DM	%
Landwirtschaft	315	34	299	33
Industrie, Gewerbe, Handwerk	275	30	297	33
Handel	235	26	232	26
Wohnungsbau	29	3	22	2
Sonstige Wirtschaftszweige	61	7	58	6

Hierin sind 20 Mio DM = 2% Ausleihungen der schleswig-holsteinischen Teilzahlungs- und Absatzfinanzierungsinstitute enthalten (1955: 19 Mio DM = 2%).

Von dem Gesamtvolumen der längerfristigen Wirtschaftskredite von 1 315 Mio DM entfielen auf:

	Mio DM		dagegen 1955	
		%	Mio DM	%
Industrie, Gewerbe, Handwerk	558	42	546	48
Landwirtschaft	369	28	253	22
Wohnungsbau	223	17	182	16
Handel	63	5	59	5

Die restlichen 8% (1955: 9%) verteilen sich auf Kredite an den Fremdenverkehr, den Straßen-, Hafen- und Brückenbau, an Verkehrsunternehmen und sonstige Wirtschaftszweige einschließlich der Teilzahlungskredite der Spezialinstitute, deren Anteil noch nicht 1% ausmachte.

Nach einer Erhebung über die Verwendung der von den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten gewährten Kredite für das 4. Quartal 1956 wurde wie auch im Vorjahr mehr als die Hälfte für die Ausstattung von Wohnungen mit Textilhausrat, hauswirtschaftlichen Maschinen und Geräten sowie Möbeln verbraucht. Der Umfang der Kredite zur Beschaffung von Produktionsmitteln

und Gütern mit ausschließlich gewerblichem Verwendungszweck ließ sich nicht ermitteln. Hierunter fallen zum Teil neben den Krediten zur Beschaffung von Lastkraftwagen, Zugmaschinen und Anhängern und von Maschinen zur Erstellung von Wirtschaftsgütern auch die Kaufkredite für Personenkraftwagen und Motorräder, deren Anteil sich von 19% Ende 1955 auf 23% Ende des Berichtsjahres erhöht hat.

Auch die von den Sparkassen und Geschäftsbanken gewährten Teilzahlungskredite dürften etwa nach dem gleichen Schlüssel und vorwiegend zum Erwerb von langlebigen Verbrauchsgütern verwendet worden sein.

II. Die Mittel für die Kredite

1. Das Eigenkapital der Banken und die Einlagen

Die Geschäftsergebnisse der in Schleswig-Holstein ansässigen Kreditinstitute ermöglichten es, 16 Mio DM dem Eigenkapital zuzuführen; es belief sich Ende 1956 auf insgesamt 109 Mio DM (ohne Haftsummenzuschläge der Kreditgenossenschaften). 1955 betrug die Zunahme 14 Mio DM.

Die geringere Ausdehnung der Kreditgewährung verband sich in Schleswig-Holstein mit einer verstärkten Einlagenbildung. Die Guthaben von Wirtschaft und Privaten stellten sich Ende Dezember 1956 einschließlich privater Spareinlagen auf 1 272 Mio DM, das sind 218 Mio DM mehr als am Ende des Vorjahres (1955: + 150 Mio DM).

Tab. 6 Die Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten¹

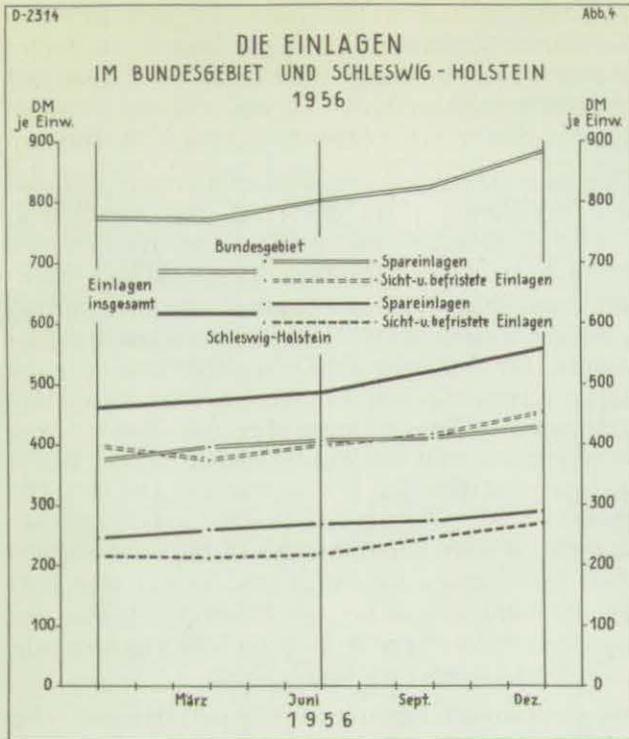
Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet			
	Einlagen insges. in Mio DM	Veränderung in % gegenüber		Einlagen insges. in Mio DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vor-termin	Vor-jahr		Vor-termin	Vor-jahr
Dez. 1955	1 054	.	+ 16,6	39 216	.	+ 16,3
März 1956	1 074	+ 1,9	+ 1,9	39 069	- 0,4	- 0,4
Juni 1956	1 108	+ 3,2	+ 5,1	40 744	+ 4,3	+ 3,9
Sept. 1956	1 186	+ 7,0	+ 12,5	41 897	+ 2,8	+ 6,8
Dez. 1956	1 272	+ 7,3	+ 20,7	44 713	+ 6,7	+ 14,0

1) Abweichungen von den Angaben in früheren Berichten erklären sich aus nachträglichen statistischen Berichtigungen (z. B. Herausnahme der Einlagen öffentlich-rechtlicher Körperschaften)

Damit stiegen in Schleswig-Holstein die Einlagen im Berichtszeitraum um 21% (1955; + 17%). Abweichend hiervon verlief die Entwicklung im Bundesgebiet. Mit einer Zunahme um 5 497 Mio DM = 14% auf 44 713 Mio DM lag die Steigerung unter den Zahlen des Vorjahres (+ 16%). Der Anteil Schleswig-Holsteins an den in Tabelle 6 erfaßten Einlagen im gesamten Bundesgebiet ist daher von 2,7% auf 2,8% gestiegen.

Der Zuwachs bei den Sicht- und befristeten Einlagen der Wirtschaft um 123 Mio DM auf 616 Mio DM war 1956 mehr als doppelt so hoch wie im Jahre 1955 (+ 57 Mio DM). Das ent-





Tab. 7
Die Sicht- und befristeten Einlagen von Wirtschaft und Privaten

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet		
	Sicht- und befristete Einlagen insges. in Mio DM	Veränderung in % gegenüber		Sicht- und befristete Einlagen insges. in Mio DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vor-termin	Vor-jahr		Vor-termin	Vor-jahr
Dez. 1955	493	-	+ 13,0	20 207	-	+ 10,3
März 1956	484	- 1,9	- 1,9	18 968	- 6,1	- 6,1
Juni 1956	498	+ 2,9	+ 1,0	20 129	+ 6,1	- 0,4
Sept. 1956	561	+ 12,7	+ 13,8	21 080	+ 4,7	+ 4,3
Dez. 1956	616	+ 9,8	+ 25,0	22 952	+ 8,9	+ 13,6

spricht einer relativen Erhöhung um 25% (1955: + 13%). Die Sichteinlagen, die bis zur Mitte des Jahres abgenommen hatten, erreichten am Jahresende mit 445 Mio DM und einer Zunahme um 13% ihren bisherigen Höchststand (1955: 394 Mio DM; + 8%). Besonders bemerkenswert war die außergewöhnliche Steigerung der befristeten Einlagen von 99 Mio DM auf 171 Mio DM (1955: + 26 Mio DM); nach den allerdings nur für Ende November 1956 und Februar 1957 vorliegenden Statistiken entfielen etwa 36% ihres Bestandes auf Termineinlagen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr. Mindestens bis zum Herbst d. J. werden diese also den Kreditinstituten verbleiben.

Die Zuwachsrate der Sicht- und befristeten Einlagen im Bundesgebiet erhöhte sich von 10% im Jahre 1955 auf 14% im Berichtsjahr und lag - wie schon in den vorausgegangenen Jahren - unter derjenigen Schleswig-Holsteins. Auch die Entwicklung der privaten Spareinlagen (ohne Sparkonten von öffentlich-rechtlichen Körper-

schaften) war im abgelaufenen Jahre in Schleswig-Holstein mit einem Überschuß von 95 Mio DM durchaus befriedigend. 1955 belief sich der Bestand nach einem Zugang um 94 Mio DM auf 561 Mio DM, während er Ende 1956 656 Mio DM betrug. Obgleich die absolute Erhöhung gegenüber 1955 noch um 1 Mio DM zunahm, verringerte sich die Zuwachsrate von 20% auf 17%. Im Bundesgebiet dagegen ging die Zunahme sowohl absolut von 3 622 Mio DM auf 2 752 Mio DM als auch relativ von 23% auf 14% kräftig zurück. Der Grund hierfür lag in Verfügungen über früher gutgeschriebene Beträge auf Konten von Altspargern und Vertriebenen sowie über freigewordene steuerbegünstigte Guthaben und in betragsmäßig niedrigeren Einzahlungen gegenüber verstärkten Abhebungen, die vor allem im westlichen Teil der Bundesrepublik zu Beginn der Auseinandersetzungen in Ungarn und im nahen Osten beobachtet wurden.

Tab. 8 Die Spareinlagen¹

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet		
	Spareinlagen insges. in Mio DM	Zunahme in % gegenüber		Spareinlagen insges. in Mio DM	Zunahme in % gegenüber	
		Vor-termin	Vor-jahr		Vor-termin	Vor-jahr
Dez. 1955	561	-	+ 20,1	19 009	-	+ 23,5
März 1956	591	+ 5,3	+ 5,3	20 101	+ 5,7	+ 5,7
Juni 1956	610	+ 3,3	+ 8,7	20 615	+ 2,6	+ 8,4
Sept. 1956	625	+ 2,4	+ 11,3	20 817	+ 1,0	+ 9,5
Dez. 1956	656	+ 5,0	+ 16,9	21 761	+ 4,5	+ 14,5

1) siehe Tabelle 6, Fussnote 1)

Diese Entwicklung beeinflusste natürlich auch diejenige Schleswig-Holsteins. Die Abhebungen, die aus Sorge um künftige politische Verwicklungen hier im Lande - soweit festgestellt - nur im Monat November vorgenommen wurden, hielten sich jedoch in mäßigen Grenzen. Die zeitweilige Beunruhigung im Sparverkehr ist inzwischen, wie sich aus den Zahlen der ersten sechs Monate des Jahres 1957 ergibt, einer positiven Beurteilung gewichen.

Die Einlagen von öffentlichen Stellen und die Guthaben von Kreditinstituten, die nicht in den Tabellen 6 bis 8 enthalten sind, erhöhten sich nur um 20 Mio DM (1955: + 62 Mio DM).

2. Die Kreditaufnahme und die flüssigen Mittel

Der anhaltende Zufluß von Einlagen und das Maßhalten in der Kreditgewährung ermöglichte es den Kreditinstituten, ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten in beträchtlichem Umfang abzubauen. Insgesamt ermäßigten sie sich um 66 Mio DM auf 260 Mio DM (1955: + 30 Mio DM), und zwar verringerten sich die Indossamentsverbindlichkeiten um 39 Mio DM auf 106 Mio DM (1955: + 5 Mio DM), die Nostroverpflichtungen um 25 Mio DM auf 122 Mio DM (1955: + 31 Mio DM) und die im Umlauf befindlichen eigenen Akzepte und Debitorenziehungen um rd. 2 Mio

DM auf 32 Mio DM. Auch die Refinanzierung bei der Landeszentralbank wurde weiter zurückgeführt.

Dem gesamten kurzfristigen Kreditvolumen, an dem Wirtschaft und Private mit 858 Mio DM und die Bank-an-Bank-Kredite und die Verschuldung der öffentlichen Hand mit zusammen 80 Mio DM beteiligt waren, stand die stark zurückgeführte Aufnahme kurzfristiger Mittel von nur 260 Mio DM gegenüber (1955: 326 Mio DM). Die Refinanzierungsquote, daß heißt das Verhältnis zwischen den kurzfristig aufgenommenen Geldern und den gesamten Kurzkrediten, verbesserte sich daher und betrug 28% gegenüber 34% Ende 1955. Demnach wurden 72% der Kurzkredite aus eigenen Mitteln und Einlagenzuflüssen finanziert.

Entsprechend dieser Entwicklung konnten die Banken in Schleswig-Holstein (ohne Großbankfilialen) ihre liquiden Mittel und Wertpapierbestände weiter erhöhen. Die Barreserve (Kasse, Landeszentralbank- und Postscheckguthaben) stieg von 127 Mio DM auf 158 Mio DM; der Grund hierfür dürfte neben der Rücksichtnahme auf den Jahresschluß vor allem in der Verpflichtung zu suchen sein, höhere Mindestreserven bei der Notenbank zu unterhalten. Die Zunahme der Wechselbestände (+ 7 Mio DM auf 227 Mio DM) hat sich gegenüber 1955 (+ 57 Mio DM) stark abgeschwächt. Diese Veränderung beruhte, wenn außerdem der Abbau der Indossamentsverbindlichkeiten berücksichtigt wird, auf einer durch Verflüssigung ermöglichten Ver-

lagerung von den Wechsel- zu den gewinnreicheren Buchkrediten. Der Zugang an Wertpapieren, deren Bestand Ende 1956 103 Mio DM betrug, stellte sich mit 13 Mio DM auf weniger als die Hälfte des Vorjahres (+ 28 Mio DM).

Für das längerfristige Kreditgeschäft standen den Instituten 1 311 Mio DM zur Verfügung, d. s. 161 Mio DM mehr als Ende 1955 (1955: + 278 DM). Die Aufnahme langfristiger Darlehen bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften und zentralen Kreditinstituten (ohne Kreditanstalt für Wiederaufbau) bezifferte sich nach einer Erhöhung um 112 Mio DM auf 856 Mio DM, während die Summe der den Banken von der Kreditanstalt für Wiederaufbau direkt zugeflossenen Mittel um 6 Mio DM auf 148 Mio DM gesunken ist. Der Umlauf von Schuldverschreibungen, dessen Zunahme um 19 Mio DM gegenüber dem Zugang im Jahre 1955 (+ 117 Mio DM) unbedeutend war, stieg auf 245 Mio DM. Hierbei wirkte sich die chronische Schwäche des Kapitalmarktes besonders lähmend aus.

Die gesamten längerfristigen Ausleihungen, die im Berichtsjahr auf 1 661 Mio DM anwachsen (Wirtschaft und Private 1 303 Mio DM; öffentlich-rechtliche Körperschaften und Kreditinstitute 358 Mio DM), waren durch längerfristige Geldkapitalaufnahme zu 79% (1955: 81%) gedeckt, während für den Rest eigene Mittel und Einlagen herangezogen wurden.

Vergleiche auch: "Die Kreditversorgung der Wirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1955" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 8. Jahrgang, Heft 8, August 1956, Seite 231 ff.

Die "Betriebswirtschaftlichen Meldungen" bauen sich auf den Angaben einer repräsentativen Auswahl von Landwirten auf, die der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein regelmässig über ihre jeweiligen Vorräte an Getreide und Kartoffeln, den beabsichtigten und tatsächlich durchgeführten Anbau, die voraussichtliche Getreide- und Kartoffelernte und ihre Verwendung, die Erzeugung und den Verkauf von Eiern sowie andere besonders interessierende Fragen berichten. — Wie die Vorraterhebung zeigt, verlagert sich das Schwergewicht der Brotgetreide- und hier vor allem der Weizenverkäufe immer mehr in die unmittelbar auf die Ernte folgenden Monate. Das hängt damit zusammen, dass die schleswig-holsteinische Landwirtschaft mehr und mehr zum Hocken- und zum Mähdrusch übergeht. — Aus den Angaben über die Verwendung der Kartoffelernte geht hervor, dass auch in der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Speisekartoffel in den letzten Jahren stark an Bedeutung verloren hat. In zunehmendem Umfang werden Kartoffeln eingesäuert (1956/57 bis 30.4.1957: 24 % der Ernte), ohne dass jedoch die Kartoffelverfütterung insgesamt wesentlich an Boden gewonnen hat. — Die Jahresleistung der Hennen schwankte in Schleswig-Holstein von 1952 bis 1957 zwischen jährlich 152 und 160 Eiern je Henne. In der jahreszeitlich durchaus unterschiedlichen Erzeugung ist eine Verschiebung zugunsten der verkaufsgünstigen Herbstmonate eingetreten.

Die betriebswirtschaftlichen Meldungen in der Landwirtschaft¹

- Von Dipl.-Landwirt Paul G. Heyden, Kiel -

Vorraterhebung

Nach wie vor ist die Erhebung über die Vorräte an Getreide und Kartoffeln in der Landwirtschaft das Kernstück der betriebswirtschaft-

lichen Meldungen. Zusammen mit den Erhebungen über Ernteausfall und den Verkäufen der Landwirtschaft an Getreide und Kartoffeln ermöglicht sie es, Monat für Monat den Rhythmus

1) Vergleiche: "Die Betriebswirtschaftlichen Meldungen in der Landwirtschaft" von Oberlandwirtschaftsrar Dr. Klaus Wittern, Kiel, in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 7. Jahrgang, Heft 1, Januar 1955, Seite 2 ff. In diesem Aufsatz wird ausführlich auf die Entstehung

der betriebswirtschaftlichen Meldungen eingegangen. Ebenso sind alle grundsätzlichen Fragen, vor allem auch hinsichtlich der Übertragbarkeit einer auf verhältnismässig kleiner Grundlage beruhenden repräsentativen Erhebung auf ein ganzes Land, eingehend dargestellt.

in der Verwertung der wichtigsten Feldfrüchte zu verfolgen. Seit Jahren ist dabei zu beobachten, daß das Schwergewicht der Brotgetreide- und hier vor allem der Weizenverkäufe sich mehr und mehr in die unmittelbar auf die Ernte folgenden Monate August/September verlagert. Das hängt, wie ohne weiteres erklärlich, mit den veränderten Ernteverfahren zusammen. Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft verzichtet in zunehmendem Umfang auf das arbeitsaufwendige Einfahren des Getreides und geht mehr und mehr zum Hockendrusch sowie zum Mähdrusch über. Da im allgemeinen aber keine ausreichenden Lagermöglichkeiten im eigenen Betrieb bestehen, muß die Masse der Brotgetreideernte schnell verkauft werden. Das Problem wird meist noch dringender durch die Tatsache, daß unter den klimatischen Verhältnissen in Schleswig-Holstein sehr oft Getreide mit einem Feuchtigkeitsgehalt geerntet wird, der eine längere Lagerung ohne vorherige Trocknung verbietet. Trocknungsmöglichkeiten sind aber vorerst in den seltensten Fällen in landwirtschaftlichen Betrieben vorhanden.

Abweichend von der normalen Entwicklung ist in den Jahren 1954 und 1956 das Brotgetreide erst verhältnismäßig spät verkauft worden. Hierfür ist die witterungsbedingt spät einsetzende und sich dann stark in die Länge ziehende Ernte verantwortlich. Außerdem fand das oft ungewöhnlich feuchte Getreide kaum Absatzmöglichkeiten und mußte weitgehend verfüttert werden.

Tab. 1 Vorräte in % der gesamten Ernte des Wirtschaftsjahres

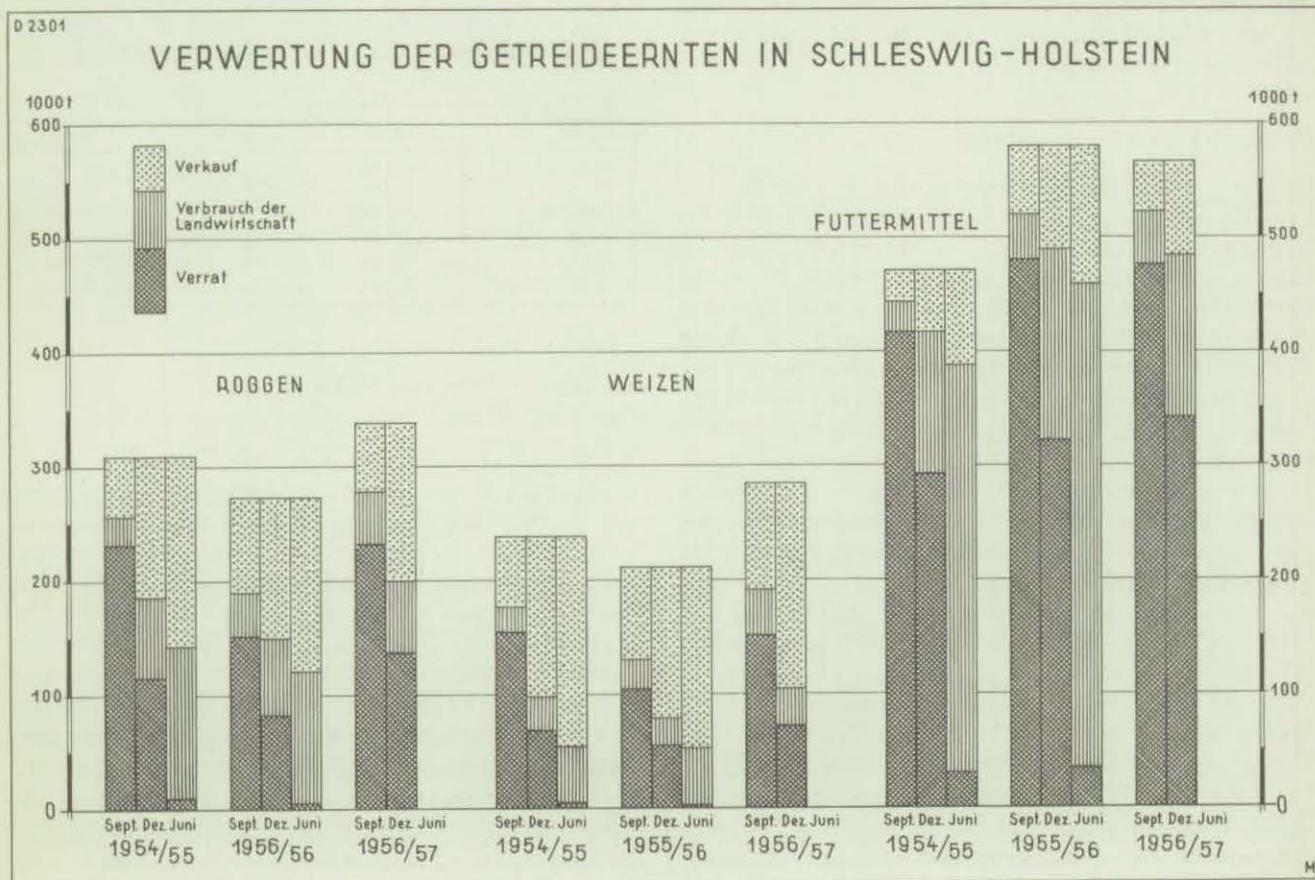
	1. Oktober			1. Januar			1. Juli		
	1954	1955	1956	1955	1956	1957	1955	1956	1957
Roggen	75	55	69	37	30	41	3	2	3
Weizen	65	50	53	29	26	25	2	1	2
Futtergetreide	89	83	84	62	55	60	7	6	7
Kartoffeln	73 ^a	61 ^a	71 ^a	51	37	48	4	4	9

a) Stand: 1. November

Indirekt ergibt die Vorratserhebung in der oben erwähnten Kombination auch wichtige Hinweise auf die Menge der von der Landwirtschaft in jedem Monat im eigenen Betrieb verwerteten Feldfrüchte. Da außerdem alljährlich am Ende des Wirtschaftsjahres eine Erhebung über die Verfütterung wirtschaftseigener Futtermittel, aufgeteilt auf die verschiedenen Tierarten, durchgeführt wird, liegen hinreichend fundierte Unterlagen vor, um aus Ernte-, Verkaufs- und Vorratserhebung Schlüsse auf die Art der Verwertung der im landwirtschaftlichen Betrieb verbrauchten Getreide- und Kartoffelmengen zu ziehen. Das aber kann unter Umständen frühzeitige Erkenntnisse bestimmter Produktionsverlagerungen vermitteln.

Anbauflächenerhebung

Um einen möglichst frühzeitigen Überblick über die zu erwartenden Anbauflächen zu bekommen, werden die betriebswirtschaftlichen Berichterstatter am 1. September und am 1. März jeden Jahres über ihre Absichten für die kommende Herbst- bzw. Frühjahrsbestellung



Vergleich der Anbauflächen nach den Meldungen der Berichterstatter und nach der Bodenbenutzungserhebung
- in 1 000 ha -

Tab. 2

	1953/1954			1954/1955			1955/1956			1956/1957	
	Berichterstatter		Bodenbenutzungserhebung	Berichterstatter		Bodenbenutzungserhebung	Berichterstatter		Bodenbenutzungserhebung	Berichterstatter	
	beabsichtigter	tatsächlicher		beabsichtigter	tatsächlicher		beabsichtigter	tatsächlicher		beabsichtigter	tatsächlicher
	Anbau			Anbau			Anbau			Anbau	
Winterroggen	123	127	132,0	136	113	114,5	130	131	130,0	127	126
Winterweizen	54	59	60,7	61	42	32,9	56	54	61,0	63	65
Hafer und Menggetreide	150	153	149,3	162	170	170,5	144	154	147,1	137	138
Frühkartoffeln	4,1	4,0	3,9	4,2	4,3	3,9	3,8	4,1	3,8	3,5	3,7
Spätkartoffeln	57	55	51,8	51	51	50,1	49	49	46,0	46	46

befragt. Am 1. Dezember und am 1. Juni folgt eine zweite Befragung über die inzwischen durchgeführte Bestellung. In der nachfolgenden Tabelle 2 sind die Ergebnisse dieser Befragungen denen der amtlichen Bodenbenutzungserhebung gegenübergestellt. Dabei ergibt sich weitgehende Übereinstimmung sowohl zwischen der beabsichtigten und der durchgeführten Bestellung, als auch zwischen letzterer und den Ergebnissen der Bodenbenutzungserhebung. Deutlich zeigen sich aber auch die durch Ungunst der Witterung erzwungenen Änderungen der ursprünglichen Bestellungen. Das gilt vor allem für die Herbstbestellung 1954. Sowohl beim Roggen als auch beim Weizen konnten damals die anfangs beabsichtigten Flächen bei weitem nicht bestellt werden. Weiter zeigt sich in diesem Jahr beim Winterweizen eine vergleichsweise starke Spanne zwischen den auf Grund der Berichterstattermeldungen errechneten Anbauflächen und den Ergebnissen der Bodenbenutzungserhebung, die ihre Begründung in der Wirtschaftsweise der Berichterstatterbetriebe finden dürfte.

Erhebung der Ernteerträge

Schon um den 10. Juni liegen die ersten Schätzungen der kommenden Getreideernte vor, die errechnet sind auf Grund der am 1. Juni fälligen Meldung der betriebswirtschaftlichen Berichterstatter. Die Berichterstatter schätzen die Ernte ihrer Betriebe im Verhältnis zu ihrer vorjährigen Ernte. Trotz des sehr frühen Termins der Schätzung hat sich im Laufe der Jahre herausgestellt, daß diese Erhebung weitgehend mit der am Ende der Ernte erfolgenden amtlichen Ermittlung übereinstimmt. Mindestens ergibt die Befragung - von Ausnahmen abgesehen - eine Übereinstimmung in der Tendenz. Die Berichterstatter schätzen, wie nicht anders zu erwarten, nicht die genaue Höhe der Erträge, so wie sie später amtlich festgestellt werden, wohl aber liegen sie ganz überwiegend richtig in ihrer Meinung, ob die kommende Ernte höher oder niedriger als die Vorjahre ausfallen wird. Das frühzeitig zu wissen ist besonders wichtig für manche agrarpolitische Folgerungen, so z. B. hinsichtlich der Gestaltung der Einfuhren an Getreide im kom-

Ernteerträge in dz/ha

Tab. 3 A = Vorschätzungen der Berichterstatter am 1. Juni
B = Feststellungen der Besonderen Erntermittlung

	1955		1956		1957
	A	B	A	B	A
Roggen, Winter- und Sommer-	22,1	22,8	24,2	25,4	25,8
Weizen, Winter- und Sommer-	31,1	35,9	35,8	38,2	38,5
Wintergerste	35,3	35,0	36,1	38,4	40,6
Sommergerste	28,9	33,7	33,0	32,2	33,8
Hafer	26,6	27,3	27,3	28,9	28,9
Spätkartoffeln	214 ^a	197	243 ^a	270	...

a) Kartoffelschätzung am 1. September

menden Wirtschaftsjahr.

Wenn auch Fehlschätzungen in der Tendenz der zu erwartenden Ernte im Vergleich zur Vorjahreernte vorkommen, so muß dazu gesagt werden, daß diese Fehler meist durch die Witterung unmittelbar vor oder während der Ernte bedingt sind. Für die Berichterstatter ist es selbstverständlich nicht möglich, solche Entwicklungen bei ihrer Schätzung zu berücksichtigen. In der Tabelle 4 sind die in der Tendenz richtigen Schätzungen durch ein "R" und die falschen durch ein "F" gekennzeichnet.

Tab. 4 Vorausgeschätzte Erträge in % der tatsächlichen Erträge

	1954	1955	1956
Roggen	F 105	R 97	R 95
Weizen	R 106	F 87	R 94
Wintergerste	F 80	R 101	R 94
Sommergerste	R 91	R 86	F 102
Hafer	R 97	R 97	R 94
Spätkartoffeln	R 107	R 109	R 90

Erhebung über die Verwendung der Kartoffelernte

Wichtige Aufschlüsse über die Verwendung der Kartoffelernte ergibt eine Befragung, die jeweils am 1. Juli für das abgelaufene Wirtschaftsjahr erfolgt. Die hieraus ermittelten Angaben (Tabelle 5) erlauben in der vorliegenden Folge für mehrere Jahre Einblicke in die Verwendung der Kartoffelernte zu Speisezwecken, zum Verkauf und zur Verfütterung. Eindeutig ist erkennbar, daß auch in der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Speisekartoffel an Bedeutung verliert, ohne daß demgegenüber aber die Verfütterung wesentlich an Boden gewinnt. Letzteres hängt allerdings weitgehend mit der Einschränkung der Anbaufläche zusammen. Der Umfang der Ver-

Verwendung der Kartoffelernte in Schleswig-Holstein nach der nachträglichen Befragung am 1. Juli
— in 1 000 t —

	1950/51	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57
Pflanzgut	168,7	162,6	162,3	143,6	129,9	115,9	121,6
Eigenverbrauch	123,4	119,6	98,6	85,6	78,2	77,3	68,0
Verkauf	574,9	590,1	653,7	629,5	550,2	486,6	612,0
Verfütterung	565,6	407,3	436,2	415,6	471,9	295,5	359,6
Schwund und Verluste	46,9	32,3	39,1	34,5	50,4	27,2	24,9
Restbestand	82,8	32,3	59,4	71,8	45,1	41,7	121,6
Gesamternte	1 562,3	1 344,2	1 449,3	1 380,6	1 325,7	1 044,2	1 307,7

käufe ist stärkeren Schwankungen unterworfen, die ihre Ursache im Ernteausfall anderer westdeutscher Länder, vor allem Niedersachsens, Bayerns und Nordrhein-Westfalens haben.

Im Zusammenhang mit dieser Befragung stehen zwei weitere Befragungen, die jährlich am 1. Januar und am 1. Mai durchgeführt werden. Sie beziehen sich auf die in der Landwirtschaft eingesäuerten Menge an Kartoffeln, ausgedrückt in Prozent der jeweiligen Ernte.

Tab. 6 Eingesäuerte Kartoffeln in % der Ernte und in 1 000 t

	Von der Ernte			
	bis 31. 12.	bis 30. 4.	bis 31. 12.	bis 1. 4.
	in %		in 1 000 t	
1952/53	16,2	20,6	235	299
1953/54	20,7	23,5	286	324
1954/55	25,5	29,5	338	391
1955/56	16,4	17,0	171	178
1956/57	16,4	24,2	214	316

Die Tabelle 6 zeigt, daß die Landwirtschaft in zunehmendem Umfang von der Einsäuerung Gebrauch macht, wobei das zeitliche Schwergewicht in den auf die Ernte folgenden Monaten liegt. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr war jedoch der Umfang der bis Ende Dezember eingesäuerten Kartoffelmengen verhältnismäßig gering. Das hing mit den guten Verkaufsmöglichkeiten für Kartoffeln im Herbst 1956 zusammen. Als dann im Januar auf Grund der Umfrage die Verhältnisse übersehen werden konnten und es vor allem klar wurde, daß die Landwirtschaft augenscheinlich übertriebene Hoffnungen auf den Frühjahrsverkauf setzte, wurde durch entsprechende Aufklärung erreicht, daß noch nennenswerte Mengen an ursprünglich zum Verkauf als Speiseware bestimmten Kartoffeln zur Einsäuerung kamen.

Erhebung über Eierproduktion und -verkauf

Bis vor wenigen Jahren gab es keinerlei Unterlagen über die Höhe der Eierproduktion in Deutschland. Erst durch Einschaltung der betriebswirtschaftlichen Berichterstatter wurde es möglich, sich Antworten auf diese Frage zu verschaffen. In der Tabelle 7 ist die monatliche Eierproduktion je Henne seit 1952 dargestellt. Die Jahresleistung der Hennen in Schleswig-Holstein ist während dieser Jahre ziemlich stabil geblieben und schwankt etwa zwischen 152 und 160 Eiern.

Wichtiger ist die Erkenntnis, daß in der jahres-

zeitlich durchaus unterschiedlichen Höhe der Produktion eine Verschiebung zu Gunsten der Herbstmonate stattgefunden hat. So wurden in den Monaten September bis Dezember 1952 je Henne 28 Eier gelegt, 1956 waren es 37 Stück. Innerhalb von 4 Jahren ist für diese 4 Monate eine Zunahme um rd. 32% eingetreten.

Über die aus der eigenen Produktion für den Markt zur Verfügung stehenden Eiermengen gibt Tabelle 8 Auskunft. Aus ihr geht ebenfalls eindeutig hervor, daß die Marktproduktion in den verkaufsgünstigen Monaten steigende Bedeutung erhalten hat. Der Eigenverbrauch ist zugunsten des Verkaufs eingeschränkt worden. In den Monaten September bis Dezember der Jahre 1952 und 1956 wurden von der Produktion je Henne 19,3 bzw. 28,6 Eier verkauft. Die Steigerung betrug rd. 49%, war also noch stärker als die Produktionszunahme.

Tab. 7 Monatliche Eierproduktion je Henne

	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Januar	10,0	13,9	10,7	11,1	11,5	11,5
Februar	14,0	13,6	11,6	12,2	10,5	13,8
März	18,6	18,5	17,1	15,8	14,8	17,2
April	19,0	19,3	19,3	18,4	18,0	17,4
Mai	17,9	17,9	18,6	18,1	17,9	17,9
Juni	16,5	16,2	16,3	16,6	18,2	15,9
Juli	15,2	14,7	15,4	15,1	15,2	...
August	13,0	12,9	13,4	13,6	13,9	...
September	8,2	10,1	11,5	10,4	11,0	...
Oktober	5,2	6,3	7,7	6,3	7,4	...
November	6,5	7,0	7,2	6,6	8,0	...
Dezember	8,1	9,1	10,0	8,8	10,5	...

Tab. 8 Monatlicher Eierverkauf je Henne

	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Januar	8,9	10,4	8,3	8,6	8,6	9,2
Februar	10,5	10,1	9,0	9,6	8,1	10,8
März	13,6	13,6	13,4	12,2	11,2	12,9
April	13,5	14,2	14,6	14,0	13,4	12,9
Mai	12,2	12,9	14,3	13,7	13,9	14,6
Juni	11,6	11,7	12,6	12,5	14,1	12,0
Juli	10,4	10,5	11,9	11,5	11,6	...
August	8,8	9,3	10,2	10,2	10,7	...
September	5,5	7,1	8,2	7,8	8,5	...
Oktober	3,4	7,9	5,6	4,6	5,6	...
November	4,6	5,2	5,4	5,1	6,4	...
Dezember	5,8	6,6	8,2	6,9	8,1	...

Neben den laufend durchgeführten Befragungen ergibt sich von Zeit zu Zeit die Notwendigkeit, spezielle für die Landwirtschaft wichtige Fragen durch die Berichterstatter klären zu lassen. So wird z. Z. die 2. Befragung über die Verwendung des Mineräldüngers bearbeitet; die 1. Erhebung dieser Art wurde für das Wirtschaftsjahr 1952/53 durchgeführt.

Im Jahre 1956 wurden in Schleswig-Holstein 23 029 Wohnungen gebaut, davon etwa 34 % in den kreisfreien Städten. – Die Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen und die privaten Haushaltungen waren an dem Gesamtergebnis zu je 45 % beteiligt. Die Hälfte aller in Wohngebäuden liegenden Wohnungen wurde in Einfamilienhäusern erbaut. – Unter den Wohnungsgrößenklassen konnte die 4-Raumwohnung ihre Vorrangstellung behaupten. Fast 60 % aller 1956 erbauten Wohnungen waren Wohnungen mit 4 und mehr Räumen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 83 926 Wohnräume gewonnen. – Die Wohnfläche je Wohnung nahm gegenüber 1955 um 6 m² auf 56 m² zu, der umbaute Raum je Wohnung stieg von 282 m³ auf 320 m³. Die Baukosten je m³ umbauten Raumes erhöhten sich von 46 DM auf 49 DM. – Der Bauüberhang 1956/57 wies insgesamt 18 977 Wohnungen aus.

Das Wohnungsbauergebnis 1956

Allgemeiner Überblick

Die schleswig-holsteinische Bauwirtschaft konnte 1956 mit 23 029 bezugsfertigen Wohnungen ein noch nie zuvor erreichtes Bauergebnis erzielen. Die Leistung des Vorjahres wurde um 26% übertroffen. Auf 10 000 Einwohner gerechnet kamen 1956 101 Wohnungen in Zugang, das sind 12 Wohnungen mehr als 1953, dem Jahr mit dem bisher größten Bauerfolg. Unterstellt man, daß jede der 1956 erbauten Wohnungen von 3 bis 4 Personen bezogen wurde, so sind im abgelaufenen Jahr 70 000 bis 90 000 Menschen zu einem neuen Heim gekommen. Diese Entfaltung der Bautätigkeit ist vor allem auf die hohen Investitionen im Wohnungsbau zurückzuführen. Gegenüber 1955 ist eine Steigerung der Investitionssumme um nahezu ein Drittel erzielt worden.

Zugänge an Wohngebäuden, Wohnungen und Wohnräumen im Jahre 1956
Tab. 1 – Normalbauten –

Schleswig-Holstein	Rohzugänge an			
	Wohngebäuden	Wohnungen ¹	Wohnräumen	
			insgesamt ²	je 1 000 Einw.
Kreisfreie Städte	2 038	7 767	27 148	41,6
Kreise	7 996	15 262	56 778	35,1
Land insgesamt	10 034	23 029	83 926	37,0
dagegen 1955	8 961	18 322	67 869	29,8

1) einschl. Wohnungen in Gebäudeteilen, aber ohne Not- und Behelfswohnungen 2) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

Mit diesen Globalzahlen wird jedoch das Jahresbauergebnis 1956 nur annähernd gekennzeichnet. Etwaige strukturelle Veränderungen im Wohnungsbau sind erst zu erkennen, wenn das Gesamtergebnis 1956 - aufgegliedert nach Bauherrengruppen, Wohnungs- und Gebäudegrößen - den entsprechenden Werten der Vorjahre gegenübergestellt wird.

Bauherrengruppen

Betrachtet man die 1956 fertiggestellten Normalwohnungen in Wohngebäuden nach der Art der Bauherren, so zeigt sich, daß die Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen mit 10 100 Wohnungen ihren Beitrag zum Rohzugang an Wohnungen gegenüber 1955 um 3 400, das sind über 7%, auf 45,1% steigern konnten. Der Anteil der privaten Haushaltungen ging demgegenüber um etwa 5% auf 44,9% zurück, obwohl auch von ihnen mit 10 100 Wohnungen noch 1 200 mehr als im Vorjahre gebaut wurden. Hierbei ist jedoch noch zu berücksichtigen, daß ein beträchtlicher Teil der von den Wohnungsunternehmen errichteten Wohnungen durch Auflassung in das Eigentum privater Haushaltungen übergeht.

Die Wohnungsgröße

Bei der Aufgliederung der 1956 fertiggestellten Normalwohnungen nach der Raumzahl ist fest-

Tab. 2 Zugänge an Normalwohnungen in Wohnbauten nach Art der Bauherren¹ 1953 – 1956

Jahre	Wohnungen insgesamt		davon erstellt von				
			Behörden und Verwaltungen	Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen	Freien Wohnungsunternehmen	Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	Privaten Haushaltungen
	absolut	in %					
			Insgesamt				
1953	20 183	100	2,1	51,2	5,9	1,4	39,3
1954	19 516	100	3,2	51,5	5,0	1,5	38,7
1955	17 809	100	1,5	37,9	8,7	1,9	50,0
1956	22 442	100	1,1	45,1	7,8	1,0	44,9
			darunter öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau				
1953	14 537	100	2,5	64,4	7,2	1,1	24,9
1954	13 327	100	3,0	65,9	6,4	1,2	23,5
1955	10 376	100	1,3	48,8	10,5	2,2	37,3
1956	13 378	100	0,8	55,3	10,9	0,3	32,7

1) einschl. Gebäudeteile

Zugänge an Normalwohnungen in Wohnbauten nach der Zahl der Wohnungen¹ 1953 - 1956

Jahre	Wohnungen insgesamt		davon mit ... Wohnräumen				
	abs.	in %	1	2	3	4	5 u. mehr
			in %				
Insgesamt							
1953	20 183	100	2,1	11,5	45,4	33,2	7,7
1954	19 516	100	1,8	9,3	40,3	36,9	11,7
1955	17 809	100	1,0	7,0	33,1	40,5	18,4
1956	22 442	100	1,6	7,3	32,0	41,5	17,6
darunter öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau							
1953	14 537	100	2,5	12,4	45,3	34,6	5,3
1954	13 327	100	2,4	9,7	39,3	39,4	9,3
1955	10 376	100	0,8	7,9	31,4	42,9	17,1
1956	13 378	100	1,8	7,1	33,0	43,6	14,5

1) einschl. Gebäudeteile

zustellen, daß sich die Entwicklung zur größeren Wohnung fortgesetzt hat. Die 4-Raumwohnung konnte ihre klare Vorrangstellung gegenüber allen anderen Wohnungsgrößen behaupten, und zwar gleichermaßen bei den Wohnungen insgesamt, wo von 100 Wohnungen etwa 42 4 Räume haben, wie auch bei den öffentlich geförderten Wohnungen, wo sogar rd. 44% auf die 4-Raumwohnungen entfallen.

Wie die Verteilung der Wohnungsgesamtzahlen auf die einzelnen Wohnungsgrößenklassen weiter deutlich macht, nahmen die Wohnungen mit 4 und mehr Räumen 1956 fast zwei Drittel des gesamten Wohnungszuganges ein, während sie 1953 und 1954 nur zu 41 bzw. 49%, also nicht einmal zur Hälfte, an dem jährlichen Wohnungszugang beteiligt waren.

Diese Verlagerung des Schwergewichts auf den Bau größerer Wohnungen tritt auch in der Durchschnittszahl der Räume je Wohnung in Erscheinung, die sich von 1953 bis 1956 von 3,4 auf 3,6 erhöht hat, gegenüber 1955 allerdings wieder leicht zurückgegangen ist.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Wohnungsgröße 1953 - 1956

Jahre	Wohnungen ¹	Veränderung gegenüber dem Vorjahre in %	Wohnräume	Veränderung gegenüber dem Vorjahre in %	Durchschnittliche Wohnungsgröße Räume je Wohnung
1953	20 693	x	69 376	x	3,4
1954	19 933	- 3,7	69 870	+ 0,7	3,5
1955	18 322	- 8,1	67 869	- 2,9	3,7
1956	23 029	+ 25,7	83 926	+ 23,7	3,6

1) nur Normalbau

Das Streben nach einer an Räumen größeren Wohnung darf man jedoch keinesfalls isoliert betrachten, sondern nur in Verbindung mit der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttowohnfläche sowie des umbauten Raumes je Wohnung. Der Rauminhalt einer im Neu- und Wiederaufbau erstellten Wohnung - ausgedrückt in Kubikmeter umbauten Raumes - stieg von 237 cbm im Jahre 1953 auf 320 cbm im Jahre 1956 an, während im gleichen Zeitabschnitt die Bruttowohnfläche

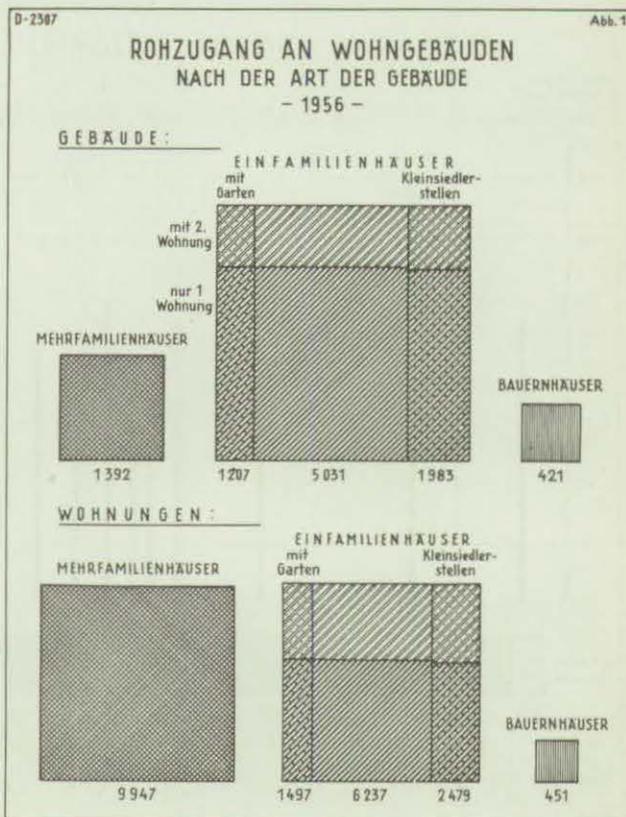
Umbauter Raum, Bruttowohnfläche und Baukosten in Wohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau) 1953 - 1956 - Normalbau -

Jahre	Umbauter Raum		Bruttowohnfläche		Baukosten ¹		
	insgesamt in 1 000 m ³	je Wohnung in m ³	insgesamt in m ²	je Wohnung in m ²	insgesamt in 1 000 DM	je m ³ umbauten Raumes in DM	je Wohnung in DM
					in %		
1953	4 894	237	863 336	42	201 084	41	9 717
1954	5 007	251	912 622	46	217 402	43	10 907
1955	5 170	282	916 271	50	239 054	46	13 047
1956	6 587	320	1 162 524	56	321 412	49	15 594

1) ohne die Kosten des Baugrundstückes

von 42 qm auf 56 qm um 14 qm zunahm. Das bedeutet mit anderen Worten, daß einer 35%igen Erhöhung des Rauminhalts eine 33%ige Vergrößerung der Wohnfläche gegenübersteht. So erfreulich diese Tatsache an sich ist, so darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß gleichzeitig mit der Vergrößerung der Baueinheit "Wohnung" durchschnittlich etwa 60% höhere Baukosten je Wohnung aufzuwenden waren.

Wenn von dieser Baukostenerhöhung auch gut die Hälfte auf die Erhöhung des durchschnittlichen Rauminhalts bzw. der durchschnittlichen Bruttowohnfläche einer Wohnung entfällt, so verbleibt immer noch ein beträchtlicher Anteil für den - außer eingetretenen Preis- und Lohnerhöhungen - auch noch andere Gründe maßgebend sind. Einer davon ist ohne Zweifel die von Jahr zu Jahr verbesserte Ausstattung der Wohnungen, die sich in einem ständigen Ansteigen des Anteils der Wohnungen mit Bad und



Zentralheizung ausdrückt. Ein anderer ist die relative Zunahme des Anteils der Einfamilienhäuser an den erstellten Wohngebäuden insgesamt, zumal die Erfahrung lehrt, daß die Kosten je Wohnung mit fallender Gebäudegröße zunehmen. Von den 10 034 im Jahre 1956 erbauten Wohngebäuden waren allein 82% Einfamilienhäuser (mit 1 bzw. 2 Wohnungen) und von den 20 601 Wohnungen in Wohngebäuden sind 50% im Rahmen des Einfamilienhausbaues erstellt worden.

Die Bautätigkeit in Stadt und Land

Von den 23 029 Wohnungen des Jahres 1956 wurden 7 767, das sind rd. 34%, in den kreisfreien Städten und 15 262 in den Landkreisen erbaut. Damit sind die Landkreise zu zwei Dritteln an dem Landesergebnis beteiligt gewesen.

Unter den kreisfreien Städten trug Kiel mit 15,5% und unter den Landkreisen Pinneberg mit 13,4% am meisten zu dem Bauergebnis bei.

Einen besseren Überblick über die unterschiedliche Bauaktivität erhält man jedoch durch Berechnung der Bauleistungsziffer je 10 000 Einwohner.

Danach liegen Pinneberg und Kiel mit 159 bzw. 139 Wohnungen je 10 000 Einwohner am höchsten über dem Landesdurchschnitt, gefolgt von Lübeck und Stormarn mit je 116. Fast genau auf dem Landesdurchschnitt (101 Wohnungen) liegen mit 100 Wohnungen Eutin und Rendsburg.

Alle anderen kreisfreien Städte und Landkreise liegen zum Teil erheblich unter dem Durchschnitt.

Die Verteilung des Bauergebnisses auf die Stadt- und Landkreise zeigt deutlich, daß die wirtschaftlichen Aktivgebiete mit ihrer durchweg stärkeren industriellen und gewerblichen Struktur eine höhere Wohnbauleistung erzielen konnten, als die Gebiete mit mehr landwirtschaftlicher Struktur.

Der Bauüberhang 1956/57

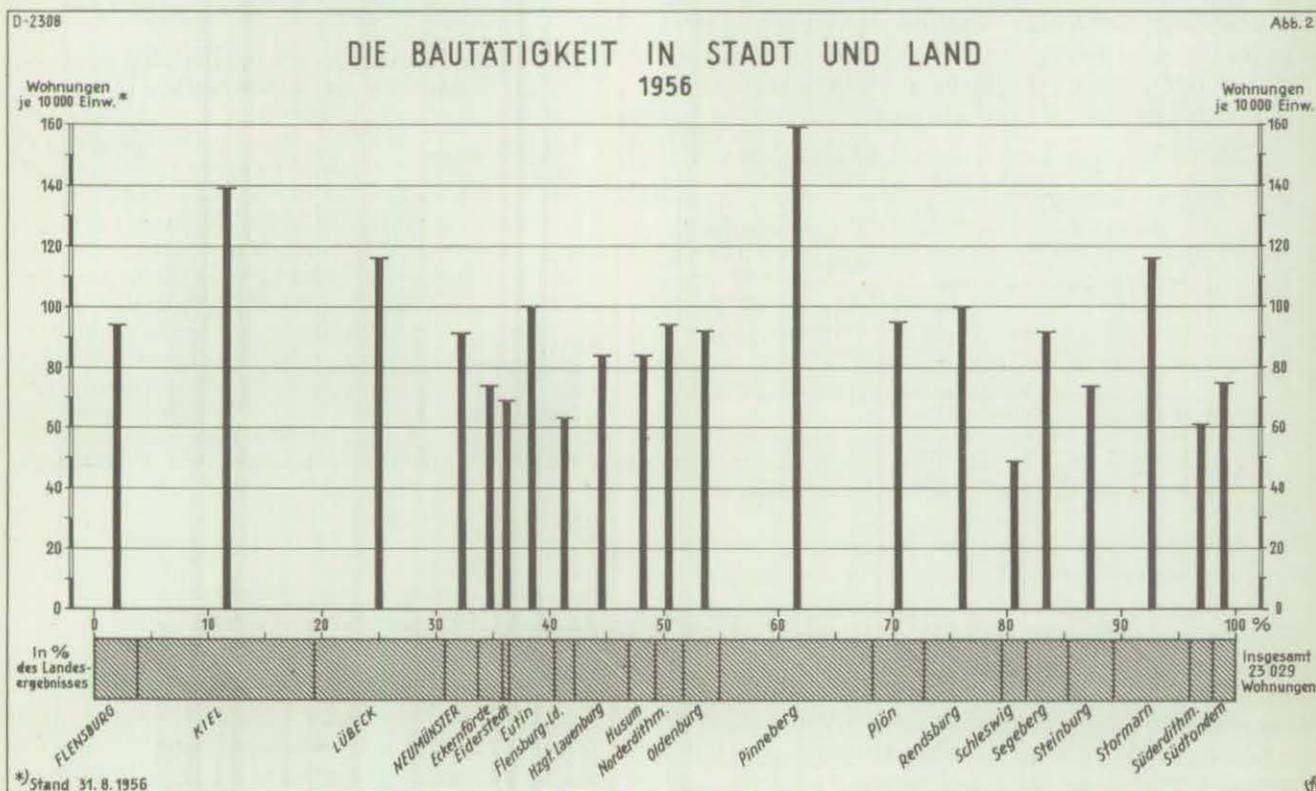
Für die Beantwortung der Frage, was das dem Berichtsjahr folgende Jahr im Wohnungsbau bringen wird, ist die Feststellung und Beurteilung des Bauüberhanges wichtig.

Am Jahresende 1956 waren 4 738 Wohngebäude mit 11 165 Wohnungen¹ und 974 Nichtwohngebäude mit 207 Wohnungen¹, insgesamt also 11 372 Wohnungen im Bau.

Von den im Bau befindlichen Wohnbauten liegen der Zahl der Wohnungen nach rd. 37% in den kreisfreien Städten und 63% in den Landkreisen.

Unterscheidet man die begonnenen Bauten danach, ob sie bereits unter Dach oder noch nicht unter Dach gebracht sind, so zeigt sich, daß rd. 71% der Gebäude mit 68% der Wohnungen am Jahresende bereits unter Dach gebracht waren.

Neben dem eigentlichen Bauüberhang, d. h. den im Bau befindlichen, aber noch nicht fertig-



1) einschl. der bereits bezogenen Wohnungen in noch nicht fertiggestellten Gebäuden

gestellten Bauten, werden durch die Bauüberhangserhebung auch die Bauvorhaben ermittelt, die bereits baubehördlich genehmigt, aber zum Jahresende noch nicht in Angriff genommen worden waren.

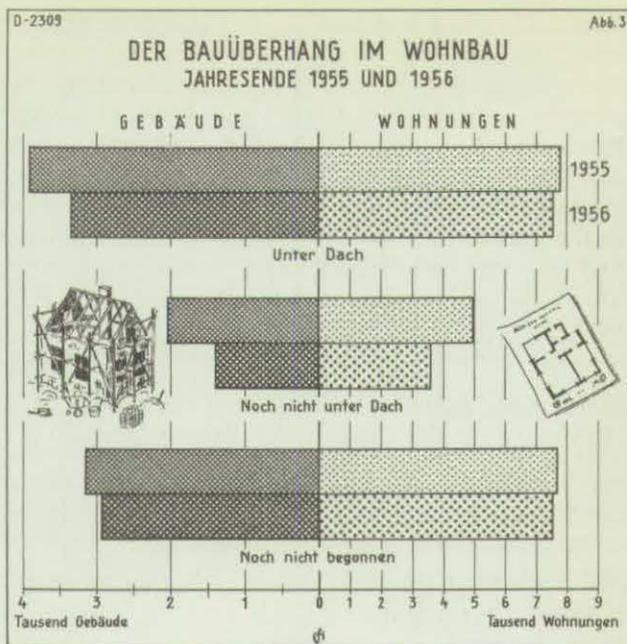
Auch wenn erfahrungsgemäß ein Teil dieser Bauvorhaben aus finanziellen oder sonstigen Gründen nicht zur Ausführung gelangt, so handelt es sich bei den meisten doch um Fälle, die schnell in Angriff genommen werden können, und die deshalb auch für das Wohnungsbauergebnis des kommenden Jahres von Bedeutung sind.

Nach den amtlichen Feststellungen belief sich die Zahl der genehmigten, aber noch nicht begonnenen Bauvorhaben zum Jahresende 1956 auf 4 018 Gebäude mit 7 605 Wohnungen.

Der Bauüberhang 1956/57 weist also insgesamt 18 977 Wohnungen² aus.

Bei der Höhe eines solchen Bauüberhanges - er war nur um rd. 9% geringer als 1955 - können die Aussichten für den Wohnungsbau 1957 nicht ungünstig beurteilt werden. Allerdings ist dabei zu bedenken, daß der Bauüberhang nur einer

2) darunter 131 bereits bezogene Wohnungen in noch nicht fertiggestellten Gebäuden



von vielen Faktoren ist, die das Bauergebnis beeinflussen.

Vergleiche auch: "Die Baufertigstellungen im Jahre 1955" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 8. Jahrgang, Heft 7, Juli 1956, Seite 218 ff. und "Vorläufiges Wohnungsbauergebnis 1956" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 9. Jahrgang N.F., Heft 3, März 1957, Seite 168 ff.

Dr. G.-R. Knüppel

Von der offenen Fürsorge erhielten im September 1956 rund 37 800 Parteien laufende Unterstützung; davon waren fast drei Viertel 1-Personen-Parteien, die übrigen umfassten im Durchschnitt 2,6 Personen. Insgesamt wurden 54 000 Personen unterstützt, von denen fast die Hälfte noch nicht 21 Jahre alt und nur 17 % 65 Jahre und älter waren. Unter den von der Fürsorge unterstützten Personen sind die Frauen mit 60 % in der Überzahl. Dies trifft besonders für die Altersgruppen bis unter 14 Jahre und 25 bis unter 65 Jahre zu. - Gliedert man die unterstützten Personen nach Familientypen, so lebten von 100 Unterstützten 52 allein, 25 in einer Halbfamilie, 11 als kinderloses Ehepaar, 9 in einer Vollfamilie und 3 in sonstigen Gemeinschaften. - Die "Ursache" der Hilfsbedürftigkeit zeigt sich in der Aufgliederung nach Unterstütztengruppen: 22 % der Parteien waren Empfänger von sozialer Fürsorge (fast ausschliesslich Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen), 21 % Hilfsbedürftige im Alter von 65 und mehr Jahren, 9 % Schwererwerbsbeschränkte und 7 % Pflegekinder. Die grosse Restgruppe der "Sonstigen Unterstützungsempfänger" besteht zu drei Vierteln aus Frauen, unter denen die alleinstehenden Mütter mit Kindern von besonderer Bedeutung sind. - Von den 37 800 unterstützten Parteien waren 15 800 allein auf die Fürsorge angewiesen, während 22 000 ausserdem noch andere Einkommen hatten. Im Durchschnitt aller Parteien betragen die gezahlten Unterstützungen im September 1956 je männliche Partei 56 DM, je weibliche Partei 64 DM. Diese Beträge ergeben sich aus den durchschnittlichen Fürsorgebedarfssätzen von 90 bzw. 85 DM und dem im Durchschnitt angerechneten Einkommen von 33 DM bei den Männern und 20 DM bei den Frauen. Die Fürsorgebedarfssätze liegen in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen. Auf die unterschiedliche Höhe der Bedarfssätze, angerechneten Einkommen und gezahlten Unterstützungen je nach Familientyp, Geschlecht und Unterstütztengruppe wird in dem nachstehenden Aufsatz näher eingegangen.

Die Struktur der Fürsorgebevölkerung 1956

Zum 1. 4. 1956 ist die Statistik der öffentlichen Fürsorge neu eingerichtet worden. Dabei wurden die vierteljährlichen Nachweisungen von den näheren Angaben über den Personenkreis der Fürsorgeempfänger entlastet. Statt dessen hat

man eine einmalige Zusatzerhebung, den sog. Ergänzungsnachweis, eingeführt, der jährlich einmal ausführliche Auskunft über den Personenkreis der Unterstützungsempfänger und über die Zusammensetzung der gezahlten Unter-

Tab. 1

Parteien und Personen¹ nach Altersgruppen

	zu- sammen	bis unter ... Jahre alt								65 und mehr Jahre alt
		0	7	14	21	25	45	55	65	
		7	14	21	25	45	55	65		
Parteien insgesamt	37 810	1 520	4 000	9 130	740	5 720	3 900	4 860	7 940	
davon										
Einzelpersonen-Parteien	27 980	1 520	3 810	8 960	500	1 740	1 990	3 590	5 870	
Mehrpersonen-Parteien	9 830	-	190	170	240	3 980	1 910	1 270	2 070	
Mitunterstützte Personen ²	16 190	3 370	5 840	2 410	120	920	890	1 420	1 220	
Personen in Mehrpersonen-Parteien	26 020	3 370	6 030	2 580	360	4 900	2 800	2 690	3 290	
Personen insgesamt	54 000	4 890	9 840	11 540	860	6 640	4 790	6 280	9 160	

1) laufend in offener Fürsorge unterstützt; Ergänzungsnachweis September 1956; hochgerechnete Zahlen

(Diese Fussnote, die für alle Tabellen gilt, wird der Übersichtlichkeit wegen bei den folgenden Tabellen fortgelassen)

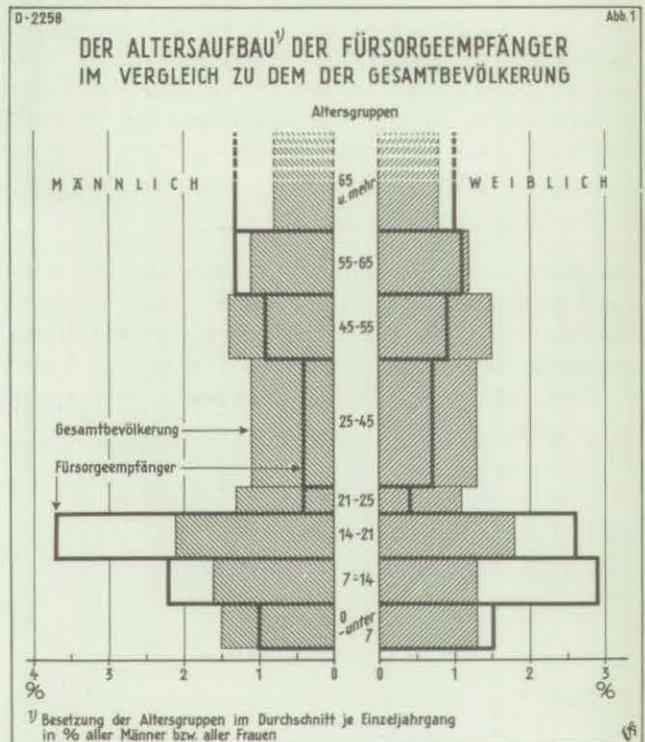
2) das sind die Angehörigen einer Mehrpersonen-Partei ausser dem Haushaltsvorstand

stützungen geben soll. Die Ergebnisse des Ergänzungsnachweises 1956 liegen jetzt erstmalig vor¹.

I. Der Personenkreis

Von den 37 800 Parteien, die im September 1956 laufende Unterstützung der offenen Fürsorge bezogen, bestehen drei Viertel aus nur einer Person, die übrigen 26% der Parteien umfassen im Mittel 2,6 Personen. Insgesamt ergeben sich so 54 000 Personen. Mit der verbreiteten Vorstellung, daß Fürsorgeempfänger meist alte Leute seien, räumt die Feststellung auf, daß fast die Hälfte von ihnen (49%) unter 21 Jahre alt ist und nur ein Sechstel (17%) 65 Jahre und älter.

Die Abb. 1 zeigt, daß unter den Fürsorgeempfängern (in der Statistik als "Empfänger von laufenden Leistungen der offenen Fürsorge" bezeichnet) die jugendlichen Jahrgänge deutlich stärker vertreten sind als in der Gesamtbevölkerung, die alten Jahrgänge ebenfalls etwas stärker, und die mittleren erheblich schwächer. Von den 26 300 Minderjährigen waren 14 300 oder reichlich die Hälfte Einzelpersonen, also Pflegekinder und Empfänger von Erziehungsbeihilfen gem. BVG. Die übrigen gehörten als Kinder zu unterstützten Haushaltungen, und zwar, wie andere Tabellen zeigen, stark überwiegend zu alleinstehenden Müttern. Solche Haushaltsangehörigen oder



Mitunterstützte sind vorwiegend die unter 14 Jahre alten Kinder, während die Jugendlichen (14 - 21 Jahre) zu drei Vierteln (Empfänger von Erziehungsbeihilfen) als eigene Partei gezählt werden.

Von den 54 000 unterstützten Personen waren

Tab. 2

Parteien und Personen nach Altersgruppen und Geschlecht

	zusammen		Altersgruppe							
			b. u. 14		14 b. u. 25		25 b. u. 65		65 und mehr	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Parteien insgesamt	14 240	23 570	2 750	2 770	5 170	4 700	3 340	11 140	2 980	4 960
davon										
Einzelpersonen-Parteien	9 720	18 260	2 640	2 690	5 050	4 410	980	6 340	1 050	4 820
Mehrpersonen-Parteien	4 520	5 310	110	80	120	290	2 360	4 800	1 930	140
Mitunterstützte Personen	7 190	9 000	2 120	7 090	790	1 740	3 130	100	1 150	70
Personen in Mehrpersonen-Parteien	11 710	14 310	2 230	7 170	910	2 030	5 490	4 900	3 080	210
Personen insgesamt	21 430	32 570	4 870	9 860	5 960	6 440	6 470	11 240	4 130	5 030

1) Die Fürsorgeverbände hatten für jede Partei, die im September 1956 in offener Fürsorge laufend unterstützt wurde, und deren Name mit einem bestimmten, von Kreis zu Kreis verschiedenen Auswahlbuchstaben begann, ein Erhebungsblatt auszufüllen. Die Auswahlbuchstaben waren so bestimmt, dass jeweils ein Zehntel aller Namen bzw. aller Parteien erfasst werden musste. Die so gewonnenen Angaben wurden verzehnfacht und geben mit entsprechender Einschränkung hinsichtlich der Genauigkeit die für Schleswig-Holstein geltenden Verhältnisse rich-

tig wieder.

Die Ergebnisse sind zum Teil regional grob gegliedert, indem zwischen der Summe der kreisfreien Städte einerseits und der Summe der Landkreise andererseits unterschieden wird. Im folgenden werden nur die Hauptergebnisse dargestellt; die Originaltabellen, die beim Statistischen Landesamt eingesehen und auch bezogen werden können, enthalten Informationen in noch weitergehender Unterteilung und Kombination.

rd. 40% männlich und 60% weiblich. Dieses Übergewicht der Frauen findet sich besonders bei den Kindern bis zu 14 Jahren (67% Mädchen) und in den Altersgruppen der 25- bis 65jährigen (63% Frauen), schwächer dagegen bei den Jugendlichen (52% Mädchen) und den Alten über 65 Jahren (55% Frauen). An Kindern unter 14 Jahren wurden bei den Jungen 2 600 Einzelpersonen und daneben 2 100 in einer Mehrpersonenteil lebende Jungen festgestellt. Mädchen dagegen gab es zwar auch 2 700 als Einzelpersonen, jedoch 7 100 als Mitunterstützte. Dadurch ist auch die Summe der Mädchen um 5 000 höher als die der Jungen dieses Alters. Bei den Jugendlichen gibt es ebenfalls mehr mitunterstützte Mädchen als Jungen (1 700 Mädchen und 800 Jungen), dagegen war die Zahl der einzelunterstützten Jungen (5 100) größer als die der Mädchen (4 400), weil die Beihilfen gem. BVG., um die es sich hier meist handelt, vordringlich der Berufsausbildung der jungen Männer zugute kommen. In dieser Altersgruppe sind die beiden Geschlechter deshalb fast gleichmäßig vertreten. Von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier: 25 bis unter 65 Jahre), die etwa ein Drittel aller Fürsorgeempfänger stellt, sind es stark überwiegend die Frauen, die öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen müssen; 11 200 Frauen stehen

hier 6 500 Männern gegenüber. Dies Übergewicht ist jedoch nur zu einem Teil echt, denn allein auf Grund der Geschlechterproportion unserer Bevölkerung stehen im Durchschnitt 11 200 Frauen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 8 700 Männern gegenüber. Bei der höchsten Altersgruppe gibt es unter den Fürsorgeempfängern sogar relativ mehr Männer (45%) als in der Gesamtbevölkerung (44%). Von den Frauen dieser Altersgruppe sind 96% alleinstehend, von den Männern aber nur 25%, während etwa die Hälfte der Männer einer Mehrpersonenhaushaltung (mindestens Ehepaar) vorsteht und das letzte Viertel in einer solchen Haushaltung als Angehöriger (Mitunterstützter) lebt.

Die Altersverteilung ist in Stadt und Land verschieden. Von 100 Unterstützten entfielen auf die Altersgruppe

in den	Jahre			
	0 b.u.14	14 b.u.25	25 b.u.65	65 u.mehr
kreisfreien Städten	26	18	33	24
Landkreisen	28	25	33	14

Die Unterschiede zwischen Stadt und Land bei den Jugendlichen und den Alten sind unter den Einzelpersonen noch stärker ausgeprägt als unter den Personen in Mehrpersonenhaushaltungen.

Tab. 3 Parteien und Personen nach Familientyp und Altersgruppe

Familientyp	Parteien					Personen				
	insgesamt	davon im Alter von ... Jahren				insgesamt	davon im Alter von ... Jahren			
		unter 14	14 b. u. 25	25 b. u. 65	65 und älter		unter 14	14 b. u. 25	25 b. u. 65	65 und älter
Einzelpersonen	27 980	5 330	9 460	7 320	5 870	27 980	5 330	9 460	7 320	5 870
Ehepaare, Frau unter 45 Jahren	130	-	-	110	20	260	-	10	230	20
Ehepaare, Frau 45 Jahre u.älter	2 810	-	-	1 040	1 770	5 620	-	-	2 720	2 900
Ehepaare mit 1 Kind	610	-	10	540	60	1 830	380	280	1 110	60
Ehepaare mit 2 Kindern	380	-	-	370	10	1 520	520	260	730	10
Ehepaare mit 3 und mehr Kindern	270	-	-	250	20	1 650	960	150	520	20
Elternteile mit 1 Kind	2 530	-	160	2 350	20	5 060	1 900	790	2 350	20
Elternteile mit 2 Kindern	1 550	-	100	1 450	-	4 650	2 530	670	1 450	-
Elternteile mit 3 u.mehr Kindern	860	-	-	860	-	3 730	2 430	440	860	-
Sonstige Parteien mit 2 Personen	450	170	100	70	110	900	410	180	140	170
Sonstige Parteien mit 3 und mehr Personen	240	20	40	120	60	800	270	160	280	90
Zusammen	37 810	5 520	9 870	14 480	7 940	54 000	14 730	12 400	17 710	9 160

Eine Gliederung nach Familientypen ist in Tab. 3 für die Parteien und für die Personen in Verbindung mit dem Alter aufgestellt. Von je 100 Parteien bestehen 74 aus nur einer Person, 8 sind kinderlose Ehepaare, 3 sind Ehepaare mit Kindern, 13 sind Elternteile (fast ausschließlich Mütter) mit Kindern und 2 schließlich sonstige Mehrpersonenteile (Großeltern mit Enkel u.ä.). Die Alleinstehenden sind wiederum keineswegs alle hilfsbedürftige alte Menschen; von den oben genannten 74 sind 39, also über die Hälfte, unter 25 Jahre alt (Empfänger von Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen), 19 stehen im erwerbsfähigen Alter (sind aber

aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage, sich selbst zu erhalten) und nur 16 sind über 65 Jahre alt.

Geht man von der Gesamtzahl der Personen aus, so ergeben sich für die Familientypen die folgenden Anteile:

Von 100 Personen lebten	
allein	52
als kinderloses Ehepaar	11
in einer Vollfamilie	9
in einer Halbfamilie	25
in sonstiger Gemeinschaft	3

Die schon mehrfach angeschnittene Frage nach der "Ursache" der Hilfsbedürftigkeit wird in

Tab. 4

Parteien nach Familientyp, Geschlecht und Unterstützengruppe

Familientyp	Geschlecht	Zahl der Parteien insgesamt	davon						
			Empfänger von		Hilfsbedürftige von 65 und mehr Jahren	Pflegekinder	Schwererwerbsbeschränkte	Arbeitslose	Übrige
			sozialer Fürsorge gem. 1. Überleitungsgesetz	Tbc-Hilfe ¹					
Einzelpersonen	männlich	9 720	4 270	210	1 050	1 340	540	10	2 300
	weiblich	18 260	4 030	170	4 760	1 350	1 690	60	6 200
Ehepaare ohne Kinder		2 940	40	20	1 750	-	620	20	490
Ehepaare mit Kindern		1 260	40	160	90	-	460	190	320
Elternteile mit Kindern	männlich	10	-	10	-	-	-	-	-
	weiblich	4 930	-	50	20	-	180	100	4 580
Sonstige Mehrpersonen-Parteien	männlich	310	40	-	50	-	20	-	200
	weiblich	380	20	-	120	-	10	-	230
Insgesamt	männlich	14 240	4 390	400	2 940	1 340	1 640	220	3 310
	weiblich	23 570	4 050	220	4 900	1 350	1 880	160	11 010

1) ohne rentenversicherte Tbc-Hilfe-Empfänger (zus. rd. 3 200 Parteien) siehe hierzu Text Seite 288

Tabelle 4 beantwortet, so gut es unter Verwendung eindeutig bestimmter Merkmale möglich ist. Diese Merkmale grenzen bestimmte Unterstützengruppen ab. Von den 37 810 Parteien waren

Empfänger von sozialer Fürsorge ²	8 440 oder 22 %
Empfänger von Tbc-Hilfe ³	620 " 2 %
Hilfsbedürftige von 65 und mehr Jahren	7 840 " 21 %
Pflegekinder	2 690 " 7 %
Schwererwerbsbeschränkte	3 520 " 9 %
Arbeitslose	380 " 1 %
Übrige	14 320 " 38 %

Die große Restgruppe der "Übrigen" setzt sich, wie Tab. 4 zeigt, zu 3/4 aus Frauen und zu 1/4 aus Männern zusammen. Die 3 300 Männer sind überwiegend Alleinstehende (69%) aber nicht Alte; die 11 000 Frauen stehen auch zum größeren Teil allein (56%), doch fast alle übrigen sind Mütter mit Kindern ohne Mann (42%). Andererseits findet sich der Familientyp "Elternteile (praktisch = Mütter) mit Kindern" fast vollständig in der Unterstützengruppe "Übrige".

Der Ergänzungsnachweis enthält neben den Angaben über die Person, aus denen die vorstehenden Aussagen ermittelt wurden, vor allem auch solche über die gezahlten Unterstützungen, ihre Zusammensetzung aus Richtsatz, Miete und angerechneten Einkommen. Die öffentliche Fürsorge stellt eine subsidiäre Hilfe letzter Stufe dar, d. h. sie tritt erst ein, wenn alle anderen Mittel und Quellen nicht ausreichen, den Lebensunterhalt zu ermöglichen. Zur Beurteilung der Wirksamkeit vorgeordneter Unterstützungsinstitutionen ist es deshalb aufschlußreich zu wissen, in wieviel Fällen die Fürsorge allein für den Lebensunterhalt des Bedürftigen sorgt und wo sie dies nur ergänzend tut, weil die übrigen Einkommen nicht ausreichen. In der Gliederung nach Familientypen ergibt sich

2) gem. 1. Überleitungsgesetz; fast nur Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen gem. BVG

3) ohne rentenversicherte Tbc-Hilfe-Empfänger (etwa 2 600 weitere Fälle)

dabei folgendes Bild:

	Parteien				
	insgesamt	davon		zusätzlich unterstützt	
		alleinunterstützt	abs.	%	abs.
Empfänger von Erziehungsbeihilfen	8 190	-	0	8 190	100
Übrige Einzelpersonen	19 790	11 340	57	8 450	43
Ehepaare ohne Kinder	2 940	660	22	2 280	78
Ehepaare mit Kindern	1 260	380	30	880	70
Elternteile mit Kindern	4 940	3 140	64	1 800	36
Anderer Mehrpers.-Parteien	690	270	39	420	61
Alle Parteien	37 810	15 790	42	22 020	58

Den höchsten Anteil an Alleinunterstützten haben die Elternteile mit Kindern, also die alleinstehenden Mütter, von denen nur ein Drittel außer der Fürsorge noch ein oder mehrere andere Einkommen hatte. Auch bei den Einzelpersonen, soweit es nicht Kinder und Jugendliche mit sozialer Fürsorge nach dem 1. Überleitungsgesetz sind, ist der Anteil der Alleinunterstützten noch höher als die Hälfte. Unter den Ehepaaren dagegen wird die Mehrzahl zusätzlich unterstützt.

Die andere Frage, welcher Art denn die Einkommen sind, die zwar vorhanden aber nicht ausreichend sind, um den Lebensunterhalt zu decken, beantwortet Tab. 5.

Eine Sonderstellung nehmen die Empfänger von Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen gem. BVG. im Rahmen der sog. sozialen Fürsorge ein, die deshalb auch von den übrigen Einzelpersonen getrennt aufgeführt werden. Bei ihnen steht nicht die Deckung des Lebensunterhalts im Vordergrund, sondern die Sicherung einer Berufsausbildung (vom Grundschulbesuch an). Es handelt sich im Regelfall um Kinder von Gefallenen oder Schwerbeschädigten, für die nun anstelle des Vaters der Staat die Sorge für die Ausbildung übernommen hat.

Bei fast allen Familientypen kommen die

Tab. 5

Die Parteien mit angerechnetem Einkommen nach dem Familientyp

Familientyp	Zahl der Parteien	und zwar: Parteien mit angerechnetem Einkommen aus						
		Versichertenrente ¹	Witwen-, Eltern- und Waisenrente ¹	Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenenrente	LAG-Kriegsschadenrente	Alu oder Arbeitslosen-Hilfe	sonstigem Einkommen	nach Art und Höhe unbekanntem Einkommen
Empfänger von Erziehungsbeihilfen gem. BVG (Einzelpersonen) mit bekanntem angerechnetem Einkommen	4 240	100	2 250	3 930	40	10	3 000	x
mit angerechnetem Einkommen, das nach Art und Höhe unbekannt ist	3 950	x	x	x	x	x	x	3 950
Übrige Einzelpersonen	8 450	2 200	2 290	370	350	240	4 050	-
Ehepaare ohne Kinder	2 280	1 870	40	140	60	20	570	-
Ehepaare mit Kindern	880	510	-	120	10	160	390	-
Elternteile mit Kindern	1 800	60	720	180	-	150	1 200	-
Sonstige Parteien	420	160	120	20	10	-	160	60
Insgesamt	22 020	4 900	5 420	4 760	470	580	9 370	4 010
ohne Empfänger von Erziehungsbeihilfen gem. BVG	13 830	4 800	3 170	830	430	570	6 370	60

1) der Unfall- und sozialen Rentenversicherung

"sonstigen Einkommen" sehr zahlreich vor; es handelt sich dabei hauptsächlich um geringfügige Arbeitseinkommen, daneben auch um solche aus Verpachtung, Vermietung, Vermögen, privaten Unterstützungen u. ä. Von den Leistungen der öffentlichen Hand steht nach der Häufigkeit des Vorkommens die Versichertenrente (Unfall-, Invaliden-, Angestellten-, Knappschaftsrente) im Vordergrund, gefolgt von den Witwen- und Waisenrenten derselben Versicherungen. Die Waisenrenten sowie die Kriegshinterbliebenenrenten sind die häufigsten Einkommen der Empfänger von Erziehungsbeihilfen.

II. Die Unterstützungsbeträge

Für jeden Unterstützungsfall wurden festgestellt

- Fürsorgebedarfssatz (das ist Richtsatz + Zuschläge + Miete)
- angerechnete Einkommen
- ausgezählte Unterstützung
- (nur bei 1 Jahr und länger Unterstützten) einmalige Beihilfen im Monatsdurchschnitt des letzten Jahres.

In der Regel gilt für die oberen 3 Daten die Beziehung $a - b = c$, weil der errechnete Bedarfssatz nur insoweit gezahlt wird, als er nicht durch andere Einkommen gedeckt ist. Dies gilt jedoch in dieser allgemeinen Form nicht für die Empfänger von Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen gem. BVG., deren Unterstützungsbeträge nach besonderen Regeln festgesetzt werden. Bei der Hälfte von ihnen konnten überhaupt keine Angaben für Bedarfssatz und angerechnete Einkommen gemacht werden, bei der anderen Hälfte gab es jede Art von Beziehung zwischen a, b und c. Diese Parteien sind in den Gesamtzahlen an sich enthalten, es ist aber klar, daß die für die Gesamtheit errechneten durchschnittlichen Beträge davon beeinflußt sind. Die Gesamtdurchschnitte sind deshalb auch unter Ausschluß der Empfänger dieser Beihilfen berechnet worden. Sowohl in den Tabellen, die nach dem Familientyp gegliedert sind ("Einzelperson"), als auch in den nach der

Tab. 6

Die monatlichen Unterstützungsbeträge in DM je Partei

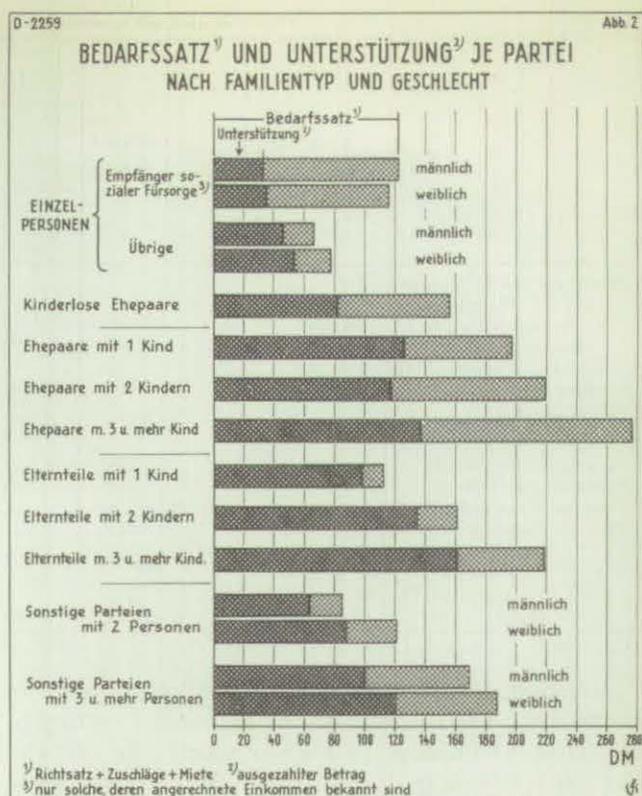
	Geschlecht	Zahl der Personen je Partei	Fürsorgebedarfssatz ¹	Angerechnetes Einkommen	Ausgezählte Unterstützung	Einmalige Beihilfe ²
Parteien mit angerechnetem Einkommen ³	männlich	1,9	144	86	59	7,03
	weiblich	1,5	109	58	51	7,04
ohne angerechnetes Einkommen ³	männlich	1,4	81	x	81	5,50
	weiblich	1,5	87	x	87	6,97
Parteien in den kreisfreien Städten	männlich	1,6	107	48	59	5,93
	weiblich	1,3	93	29	64	6,91
Parteien in den Landkreisen	männlich	1,5	82	28	55	6,56
	weiblich	1,4	81	17	64	7,02
Alle Parteien	männlich	1,5	90	33	56	6,35
	weiblich	1,4	85	20	64	6,99
darunter für sich allein lebend ⁴	männlich	2,1	149	66	84	7,47
	weiblich	1,6	109	29	79	7,49

- 1) Richtsatzmäßige Unterstützung einschl. Zuschläge und Miete 2) Durchschnitt je Empfänger-Partei, nur bei 1 Jahr und länger unterstützten Parteien 3) ohne Empfänger von Erziehungsbeihilfen gem. BVG., siehe Tab.7 4) oder in einem ebenfalls unterstützten Haushalt

Unterstützengruppe gegliederten Tabellen ("Empfänger sozialer Fürsorge") erscheinen die erwähnten Fälle in so bedeutender Anzahl, daß es besser erschien, sie dort herauszunehmen und in einer eigenen Tabelle (Tab. 7) ausführlich darzustellen.

Eine ähnliche Einschränkung hinsichtlich der für die Gesamtheit ausgewiesenen Durchschnittsbeträge muß auch bei den Tbc-Hilfsempfängern gemacht werden. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich alle Rentenversicherten, sind im Ergänzungsnachweis nicht erfaßt worden. Diese Fortlassung dürfte jedoch das Gesamtergebnis nicht so stark beeinflussen wie die Besonderheiten bei den Empfängern sozialer Fürsorge.

Im Durchschnitt aller im September 1956 erfaßten Parteien wurden monatlich 56 DM (männlich) bzw. 64 DM (weiblich) gezahlt. Diese Beträge ergeben sich als Differenz⁴ zwischen Fürsorgebedarfssätzen von 90 bzw. 85 DM und angerechneten Einkommen von 33 bzw. 20 DM. An sich liegen die Richtsätze also bei den männlichen Parteien höher als bei den weiblichen, die angerechneten Einkommen jedoch auch, und zwar in stärkerem Maße, so daß die ausgezahlten Beträge im Durchschnitt bei den weiblichen Parteien höher sind. Dieser Durchschnitt verbirgt eine Reihe von Verschiedenheiten, deren wichtigste in den übrigen Zeilen der Tab. 6 und in den Tabellen 7-9 einzeln dargestellt werden. So ergeben sich für allein lebende Fürsorgeempfänger erheblich höhere Bedarfssätze, die auch zu höheren Unterstützungen führen. Dabei wurden auch solche



Parteien als "allein lebend" gezählt, die in einem Haushalt leben, der seinerseits auch unterstützt wird.

Die Bedarfssätze liegen in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen, besonders bei den männlichen Parteien; ebenfalls höhere angerechnete Einkommen kompensieren diesen Unterschied allerdings wieder, so daß er bei

Tab. 7 Die monatlichen Unterstützungsbeträge in DM je Partei bei den Einzelpersonen

	Angerechnete Einkommen	Geschlecht	Parteien Anzahl	Fürsorgebedarfssatz ¹⁾	Angerechnete Einkommen	Ausgezahlte Unterstützung
				je Partei in DM		
Empfänger von Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen	mit	männlich	2 190	116	89	29
		weiblich	2 050	116	84	35
	mit, aber unbekannt	männlich	1 980	24 ^{a)}	.	24
		weiblich	1 970	22 ^{a)}	.	22
Empfänger von Sonderfürsorge	mit	männlich	90	277	164	113
		weiblich	10	162	94	68
	ohne	männlich	10	70	-	70
		weiblich	-	-	-	-
Empfänger von sozialer Fürsorge gem. 1. Überleitungsgesetz zusammen	mit	männlich	4 260	76 ^{b)}	49	28
		weiblich	4 030	70 ^{b)}	43	29
	ohne	männlich	10	70	-	70
		weiblich	-	-	-	-
Übrige Einzelpersonen	mit	männlich	2 130	85	51	34
		weiblich	6 220	91	55	37
	ohne	männlich	3 320	54	-	54
		weiblich	8 010	67	-	67
Alle Einzelpersonen	mit	männlich	6 390	79	50	30
		weiblich	10 250	83	50	33
	ohne	männlich	3 330	54	-	54
		weiblich	8 010	67	-	67

1) Richtsatzmäßige Unterstützung einschl. Zuschläge und Miete die Werte liegen daher zu niedrig

a) ausgezahlte Unterstützung

b) zum Teil ausgezahlte Unterstützung,

4) nicht aufgehende Differenzen sind hier durch Rundung, nicht methodisch, bedingt

Tab. 8

Die monatlichen Unterstützungsbeträge in DM je Partei nach Familientyp und Geschlecht

Familientyp	Geschlecht	Zahl der Personen je Partei	Fürsorgebedarfsatz ¹⁾	Angerechnetes Einkommen		Ausgezählte Unterstützung	Einmalige Beihilfe ²⁾
				je Partei überhaupt	je Empfänger-Partei		
DM							
Ehepaare, kinderlos							
Frau unter 45 Jahre		2	188	69	90	119	8,20
Frau 45 Jahre und älter		2	155	75	96	80	7,46
Ehepaare							
mit 1 Kind		3	198	72	110	126	8,84
mit 2 Kindern		4	220	102	144	118	11,39
mit 3 und mehr Kindern		6,1	277	140	181	137	10,71
Elternteile							
mit 1 Kind		2	113	14	49	99	7,33
mit 2 Kindern		3	161	25	63	135	8,52
mit 3 und mehr Kindern		4,3	218	57	107	161	13,81
Sonstige Parteien							
mit 2 Personen	männlich	2	85	21	52	64	9,33
	weiblich	2	121	33	78	88	6,95
mit 3 und mehr Personen	männlich	3,4	169	68	95	100	8,33
	weiblich	3,3	187	67	95	120	12,43

1) Richtsatzmäßige Unterstützung einschl. Zuschläge und Mietestützen Parteien

2) Durchschnitt je Empfänger-Partei, nur bei 1 Jahr und länger unterstützten Parteien

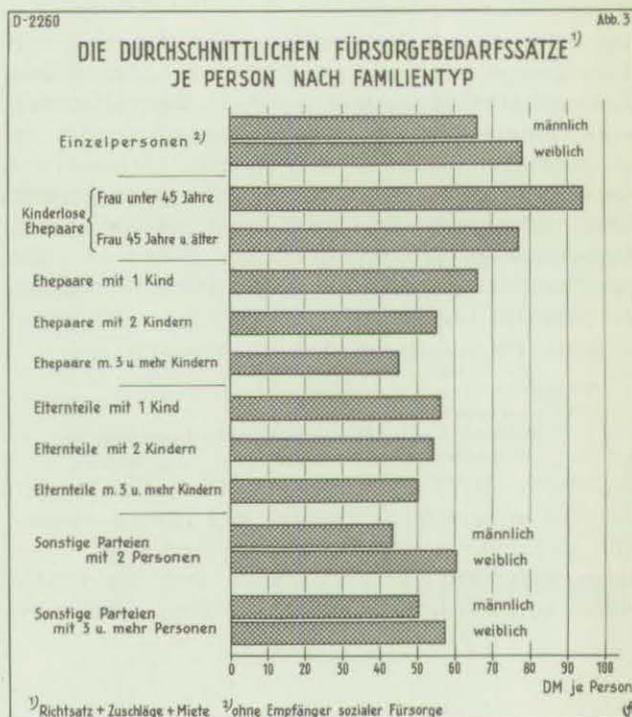
den gezahlten Unterstützungen fast ganz aufgehoben ist.

Bevor dieselben Daten für die nach Familientyp und Unterstützungsgruppe gegliederten Parteien behandelt werden, sollen sie für die inhomogene Gruppe der "Einzelpersonen" aufgeführt werden.

Von den 28 000 Einzelpersonen hatten 40% außer der Fürsorge kein anderes Einkommen; sie bekamen im Durchschnitt von der Fürsorge 54 DM (Männer) bzw. 67 DM (Frauen) Unterstützung. Die Unterstützung der übrigen 60% der Einzelpersonen, also derjenigen mit angerechnetem Einkommen in Höhe von 30 bzw. 33 DM ergibt sich bei einem Bedarfssatz von 79 DM und angerechneten Einkommen von zusammen durchschnittlich 50 DM.

In Tabelle 8 sind die Daten für die verschiedenen Familientypen (außer den Einzelpersonen) zusammengestellt. Zur besseren Beurteilung der Beträge ist für jeden Familientyp die durchschnittliche Zahl von Personen je Partei hinzugefügt. Die Bedarfssätze je Partei steigen mit der Größe der Partei natürlich an. In der folgenden Abbildung 3 sind die Bedarfssätze der einzelnen Familientypen auf die Personenzahl je Partei bezogen.

Bei ihrer Betrachtung ist zu bedenken, daß die Werte für die Familientypen lediglich als Feststellung aufgefaßt werden dürfen. Es wäre z. B. falsch zu sagen, kinderlose Ehepaare mit unter 45jähriger Ehefrau seien besonders gut gestellt, weil der Bedarfssatz dort 94 DM je Person beträgt und der weitaus höchste ist. Es ist vielmehr zu berücksichtigen, daß die meisten Ehepaare irgendwelche anderen Einkommen haben und deshalb überhaupt nur dann in der Fürsorgestatistik erscheinen, wenn ihr Bedarfssatz aus besonderen Umständen so hoch liegt, daß er die anderen Einkommen übersteigt. Im



Durchschnitt dieser so vorausgewählten Ehepaare ergibt sich dann naturgemäß ein sehr hoher Bedarfssatz.

Die weitaus höchsten Bedarfssätze weisen die Arbeitslosen auf. Auch hier ist das oben über den irreführenden Kausalschluß Gesagte zu bedenken; die Arbeitslosen verfügen nämlich ebenfalls über die höchsten angerechneten Einkommen. Auch ist die Personenzahl je Partei bei ihnen am größten. Ausgesprochen "billig" sind die Pflegekinder mit einem Bedarfssatz von 43 - 44 DM, der allerdings mangels anderer Einkommen auch fast in voller Höhe ausbezahlt wird. Auffällig ist ferner der starke Unterschied zwischen Männern und Frauen bei den Hilfsbedürftigen über 65 Jahre, den Schwer-

Tab. 9

Die monatlichen Unterstützungsbeträge in DM je Partei nach Unterstützengruppe

Unterstützengruppe	Geschlecht	Zahl der Personen je Partei	Fürsorgebedarfsatz ¹	Angerechnetes Einkommen		Gezahlte laufende Unterstützung	Gezahlte einmalige Beihilfen je Empfänger-Partei
				je Partei überhaupt	je Empfänger-Partei		
				DM			
Hilfsbedürftige von 65 Jahren u. älter	männlich	1,7	135	64	96	71	6,79
	weiblich	1,0	93	36	63	57	6,32
Pflegekinder	männlich	1,0	44	3	19	40	4,13
	weiblich	1,0	43	3	20	41	3,50
Schwererwerbsbeschränkte	männlich	2,3	155	71	105	84	8,18
	weiblich	1,2	98	30	66	68	7,92
Arbeitslose	männlich	4,2	216	163	179	53	9,38
	weiblich	2,1	137	106	106	31	6,50
Sonstige ²	männlich	1,5	90	28	52	62	5,19
	weiblich	1,8	103	20	53	83	7,52

1) Richtsatzmäßige Unterstützung einschl. Zuschläge und Miete
Tbc-Hilfe-Empfänger

2) ohne Empfänger sozialer Fürsorge gem. 1. Überleitungsgesetz und

erwerbsbeschränkten und den Arbeitslosen (die zusammen nur knapp ein Drittel aller Parteien umfassen); er geht einher mit einer entsprechenden Stufung der Parteiengröße.

Auf eine nähere Betrachtung der Art und der Höhe der angerechneten Einkommen muß aus Platzgründen verzichtet werden. Bezüglich der sog. Rentenkumulation muß angesichts der in Schleswig-Holstein relativ kleinen Gesamtzahl von erfaßten Fällen gegenüber der sehr großen Zahl möglicher Kombinationen zwischen 11 Einkommensarten bei Einfach-, Zweifach- und Dreifachbezug auf Bundesergebnisse verwiesen werden. Im Lande gab es

19 750 Fälle mit einem angerechneten Einkommen von durchschnittlich 35 DM

2 140 Fälle mit zwei angerechneten Einkommen von zusammen durchschnittlich 116 DM

130 Fälle mit drei und mehr angerechneten Einkommen von zusammen durchschnittlich 148 DM

Die Miete, die die unterstützte Partei zu zahlen hat, ist in dem Bedarfssatz, der oben ausführlich dargestellt wurde, immer enthalten. Von allen erfaßten Parteien haben fast die Hälfte (49%) keine Miete zu zahlen gehabt, daß sind

18 400 Parteien, von denen allein 17 100 Einzelpersonen sind; dies dürften zunächst die 8 250 Jugendlichen (Empfänger von Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen) sein und darüber hinaus noch die Pflegekinder (2 690) und eine beträchtliche Anzahl anderer Alleinstehender, die keine Miete aufzubringen haben.

Von den 19 400 Parteien mit Miete bekamen 1 500 (8%) keine weitere Unterstützung außer der Miete. Ihre ausgezahlte Unterstützung (Bedarfssatz minus angerechnete Einkommen) war also nur so groß wie oder kleiner als ihre Miete. Die durchschnittliche Miete aller Empfänger von laufender Fürsorgeunterstützung lag bei 18 DM (22 DM in den kreisfreien Städten, 16 DM in den Landkreisen). Sie schwankte zwischen 30 DM bei den kinderlosen Ehepaaren (Ehefrau unter 45 Jahre) und 16 DM bei Einzelpersonen und alleinstehenden Müttern mit 1 Kind.

Vergleiche auch: "Die Struktur der laufend Unterstützten der offenen Fürsorge" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 9. Jahrgang N.F., Heft 8, August 1957, Seite 441 ff.

A. Heinemann

Kurzberichte

Die öffentlichen Straßenverkehrsmittel 1955 und 1956¹

In Schleswig-Holstein verkehren in den drei Städten Flensburg, Kiel und Lübeck Straßenbahnen. Als viertes Unternehmen kommt die Sylter Inselbahn hinzu. Von diesen Betrieben wird eine Streckenlänge von 105 km unterhalten, auf der Linien in einer Gesamtlänge von 149 km verkehren. Ende 1956 waren 160 Triebwagen und 114 Anhänger in Betrieb. Im Verhältnis zur Linienlänge war der Fahrzeugpark etwas kleiner als im Bundesdurchschnitt, nämlich 1,8 Wagen je Linienkilometer gegenüber 2,1. Auch die Bedienung der Linien war unter-

durchschnittlich. Sie wurden nämlich im Durchschnitt täglich 144 mal befahren, im Bundesgebiet dagegen 154 mal.

Im Jahre 1956 leisteten die Straßenbahnen insgesamt 13,0 Mio Wagenkilometer (Triebwagen und Anhänger). Gegenüber dem Vorjahr ist damit die Betriebsleistung um 2% gesunken. Trotzdem wurden um 2% mehr Personen befördert, nämlich 68,3 Mio. Im Bundesdurchschnitt blieb die Zahl der Wagenkilometer konstant,

1) Quelle der Bundeszahlen: Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes, Flensburg vom 26.4.1957 - 4

während die der Fahrgäste um 3% zunahm.

Das Streckennetz der in Kiel und Flensburg betriebenen Obusverbindungen ist mit 12 km sehr bescheiden. Die Linienlänge beträgt immerhin 25 km, auf ihr verkehren 18 Triebwagen und 4 Anhänger. Die Betriebsleistung von 1,1 Mio Wagenkilometer war nur 1% höher als im Vorjahr, es fuhren aber 7% mehr Leute. Im Bundesdurchschnitt nahm die Betriebsleistung um 5% und die Zahl der beförderten Personen um 8% zu.

Tab. 1
Verkehrsleistungen der öffentlichen Strassenverkehrsmittel 1955/56

	Wagenkilometer			Beförderte Personen		
	1955	1956	Veränd. in %	1955	1956	Veränd. in %
	in 1 000 km			in 1 000		
Strassenbahn	13 357	13 043	- 2,4	66 722	68 315	+ 2,4
Obus	1 130	1 145	+ 1,3	5 824	6 220	+ 6,8
Omnibus-Linienverkehr	39 392	41 796	+ 6,1	78 184	88 159	+ 12,8
Omnibus-Gelegenheitsverkehr	8 115	8 260	+ 1,8	2 139	2 570	+ 20,1
Insgesamt	61 995	64 244	+ 3,6	152 869	165 264	+ 8,1

Das Schwergewicht des öffentlichen Straßenverkehrs liegt bei den Omnibussen, deren Verbindungen nicht nur im Ortsverkehr, sondern auch über Land betrieben werden. Ihr Liniennetz umfaßt 11 200 km, darauf laufen 978 Motorwagen und 211 Anhänger. Der Wagenpark entspricht mit 10,6 Wagen je 100 Linienkilometer dem Bundesdurchschnitt. Das Liniennetz ist mit 0,71 km je qkm Fläche weniger dicht als im Bund mit 0,97 km. Die Differenz entspricht aber etwa der Bevölkerungsdichte. Bezieht man die Linienlänge auf die Bevölkerung, so schneidet Schleswig-Holstein mit 4,9 km je 1 000 Einwohner sogar besser ab als der Bund mit 4,7 km. Allerdings ist die Bedienung der Linien mit 8,6 Fahrten täglich im Lande schlechter, da im Bundesdurchschnitt 10,4 Fahrten täglich ausgeführt werden.

Ende 1956 betrieben 25 kommunale, gemischtwirtschaftliche und private Unternehmen Ortslinienverkehr, wobei sie 48 Linien mit 364 km Länge bedienten. Im Laufe des Jahres 1956 beförderten sie 42,6 Mio Personen, das sind 14% mehr als im Vorjahr. Die entsprechende Zuwachsrate im Bundesgebiet betrug 19%.

Am Nachbarortslinienverkehr waren außer den genannten Arten auch noch die nichtbundeseigenen Eisenbahnen beteiligt, so daß insgesamt 24 Unternehmen auf 52 Linien mit 744 km arbeiteten. Von ihnen wurden 1956 14,3 Mio Personen befördert. Die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr war mit 17% größer als im Bundesdurchschnitt (+ 15%).

Der Überlandverkehr wurde von 42 Unternehmen auf 143 Linien mit 4 491 km betrieben. Sie beförderten 1956 16,0 Mio Personen, also 4% mehr als im Vorjahre. Im Bundesgebiet betrug

der Zuwachs 16%. Liniennähnlichen Arbeiterverkehr betrieben nur 4 private Unternehmen auf 4 Strecken mit 136 km Länge. Sie beförderten 1956 77 000 Personen. Außer den genannten Unternehmen unterhielt die Post ein Liniennetz von 3 210 km und die Bahn ein solches von 1 890 km. Mit der Post fuhren 1956 im Liniennetz 11,0 Mio Personen. Der Zuwachs gegenüber 1955 von 6% war etwas kleiner als im Bundesdurchschnitt (+ 9%). Die Busse der Bahn wurden 1956 von 4,1 Mio Personen benutzt, das sind 53% mehr als im Vorjahre, da eine Reihe von Linien neu übernommen wurde. Im Bund stieg die Zahl um 14%.

Im Gelegenheitsverkehr, an dem in erster Linie die privaten Unternehmen beteiligt sind, wurden 1956 8,3 Mio Wagenkilometer geleistet, das sind 2% mehr als im Vorjahre. Die Zahl der beförderten Personen stieg dagegen um 20% auf 2,6 Mio. Im Bundesgebiet nahmen die Wagenkilometer um 6% und die Zahl der Fahrgäste nur um 7% zu. Im Durchschnitt fuhr 1956 jeder Schleswig-Holsteiner rund 70 km im Gelegenheitsverkehr und jeder Bundesbürger 100 km. Dabei fuhren die Schleswig-Holsteiner etwas häufiger. Der Unterschied ist eine Folge der verschiedenen Reiseweiten, deren Ursache man vielleicht darin sehen darf, daß innerhalb des Landes den Bewegungsmöglichkeiten enge Grenzen gesetzt sind.

Insgesamt wurden 1956 im Omnibusverkehr 50 Mio Wagenkilometer gefahren und 91 Mio Personen befördert. Hiervon entfielen 8,3 Mio Wagenkilometer und 2,6 Mio Personen auf den Gelegenheitsverkehr. Am Gesamtverkehr hatten die kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Betriebe einen Anteil von 21% der Betriebsleistung und 44% der Personenzahl. In diesem Verhältnis spiegelt sich die Tatsache, daß die genannten Unternehmen ihren Schwerpunkt im Ortsverkehr haben. Umgekehrt leisteten die privaten Unternehmen 46% der Wagenkilometer, beförderten aber nur 37% der Fahrgäste. Die nichtbundeseigenen Eisenbahnen sind mit 3% bzw. 2% nur gering beteiligt. Die Post bestreitet ein Fünftel der Verkehrsleistung, zählt aber nur 12% der Benutzer zu ihren Gästen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Bahn, wo auf 10% der Wagenkilometer 5% der beförderten Personen entfallen.

Die durchschnittlichen Reiseweiten mit den Verkehrsmitteln sind im Augenblick nur lückenhaft erhoben, so daß die Angaben über die Personenkilometer nur Schätzungen sind. Insgesamt wurden 1956 in Schleswig-Holstein 1,05 Mrd Personenkilometer gefahren. Das bedeutet, daß im Durchschnitt jeder Einwohner mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln 460 Kilometer auf 73 Fahrten gefahren ist. Hiervon entfielen allein 40 Fahrten mit 335 km auf Om-

Tab. 2
Einnahmen der öffentlichen Strassenverkehrsmittel 1955/56

	Einnahmen		
	1955	1956	Veränd. in %
	in 1 000 DM		
Strassenbahn und Obus	15 707	16 364	+ 4,2
Omnibus-Linienverkehr	32 418	34 658	+ 6,9
Omnibus-Gelegenheitsverkehr	7 139	7 399	+ 3,6
Insgesamt	55 263	58 420	+ 5,7

nibusse. Im Bundesgebiet wurden im Durchschnitt 700 km in 103 Fahrten zurückgelegt², davon 40 Reisen von insgesamt 400 km mit Omnibussen. Der Unterschied liegt also haupt-

2) ohne Stadtschnellbahnen

sächlich in der Benutzung von Straßenbahn und Obus, die in der Siedlungsstruktur begründet ist.

Einen Überblick über die wirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Straßenverkehrsmittel gibt die Tabelle 2. 1956 nahmen die Unternehmen 58 Mio DM ein, das sind fast 26 DM je Einwohner. 72% hiervon kamen den Omnibusunternehmen zugute.

Vergleiche auch: "Die öffentlichen Strassenverkehrsmittel im Jahre 1954" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 7. Jahrgang, Heft 11, November 1955, Seite 385 und "Die Verkehrswirtschaft 1956" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 9. Jahrgang N.F., Heft 2, Februar 1957, Seite 93 ff.

Sb.

Die Leistungen der Bundespost im Jahre 1956¹

Betrachtet man die Post nur als ein Unternehmen, das nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeitet, so ist es verhältnismäßig einfach, eine Darstellung ihrer Leistungen zu geben. Die zahlreichen Veröffentlichungen der Bundespost befriedigen hier jedes Unterrichtsbedürfnis. Schwierig wird es aber, wenn man im Umfang und der Entwicklung des Postdienstes ein Spiegelbild der allgemeinen wirtschaftlichen Situation sehen will. Zwar besitzt die Post ein Monopol auf die Nachrichtenbeförderung, aber Brief, Telegramm, Ferngespräch und Fernschreiben liegen miteinander in einer Konkurrenz, die nicht nur durch die Ansprüche der Postkunden, sondern auch durch die Höhe der Gebühren und die technische Entwicklung bestimmt wird. Auf den Gebieten der Waren- und der Personenbeförderung und des Zahlungsdienstes muß die Bundespost auch mit anderen Unternehmen wetteifern, die oft unter wesentlich anderen Bedingungen arbeiten. Will man hier nicht allen Wandlungen und Verschiebungen bis ins einzelne nachgehen, so bleiben nur recht zusammenfassende Aussagen, die kaum geeignet sind, für sich ein Bild zu geben, wohl aber Lichter auf ein vorhandenes zu setzen vermögen.

Hat man nun gar statt des Bundesgebietes nur ein Land im Auge, so kann man die Post als Unternehmen nicht mehr darstellen. Nimmt man ihre Leistungen als Wirtschaftsspiegel, so muß man sich damit zufrieden geben, daß einige Angaben nicht als Landeszahlen erstellt werden können, da dem Aufbereitungsschwierigkeiten entgegenstehen. Auch bei den Angaben, die für Land und Bund vorliegen, darf man nicht außer acht lassen, daß jeweils eine andere Wirtschaftsstruktur zugrunde liegt, die oft Entwicklungsunterschiede notwendigerweise bedingt. Bei dieser Bescheidung in der Aussage stört es nicht mehr allzusehr, daß für einige

Angaben der Vergleich zwischen 1955 und 1956 wegen methodischer Änderungen nicht möglich ist.

Im Laufe des Jahres 1956 wurden in Schleswig-Holstein 213 Mio gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen bei der Post eingeliefert. Davon waren 7,2 Mio an Empfänger im Ausland gerichtet, während von dort 7,9 Mio eintrafen. Jeder Einwohner versandte also im Durchschnitt im Laufe des Jahres 94 Briefe, von denen 3,2 ins Ausland gingen. Von dort kamen je Einwohner 3,5 Briefe. Diese Zahlen sind wesentlich niedriger als die für den Bundesdurchschnitt. Der Briefverkehr insgesamt erreichte in Schleswig-Holstein nur 4 Fünftel dessen, was im Bundesdurchschnitt² mit 122 Briefsendungen je Einwohner geleistet wurde. Noch größer war der Abstand bei den Auslandssendungen. Auffällig ist, daß hier beim Bund die abgehenden Sendungen mit 5,5 je Einwohner die ankommenden mit 4,7 überwiegen. Die Zahl der eingelieferten Telegramme betrug in Schleswig-Holstein 923 000 oder 41 je 100 Einwohner. Sie liegt damit dicht unter dem Bundesdurchschnitt von 46 Telegrammen je 100 Einwohner. Im Fernsprechverkehr können wegen der zunehmenden Umstellung auf Selbstwählbetrieb nicht mehr die Gespräche gezählt werden. Es gab im Land Ende des Jahres 1956 149 000 Fernsprechstellen, das sind 6,6 auf 100 Einwohner. Ihre Zahl ist während eines Jahres um 6,2% gestiegen, während die entsprechende des Bundesgebietes um 8,5% anwuchs. Damit entfielen dort 8,5 Fernsprechstellen auf 100 Einwohner. Von den 21 000 Fernschreibanschlüssen, die Ende Dezember 1956 im Bundesgebiet bestanden, befanden sich nur 404, das sind 1,9%, in Schleswig-Holstein. Sie hatten inner-

1) Quelle für Bundeszahlen: Geschäftsbericht der Deutschen Bundespost

2) hier immer einschl. Berlin (West)

halb eines Jahres um 33% zugenommen, während die Zahl im Bundesgebiet um 22% stieg.

Auch der Paketverkehr war relativ geringer als im Bundesdurchschnitt. Den im Laufe des Jahres eingelieferten 5,8 Mio gewöhnlichen Paketen entsprach die Zahl von 2,6 je Einwohner gegenüber 4,6 beim Bund. Auch hier war der Versand aus Schleswig-Holstein nach dem Ausland geringer als der Empfang, nämlich 5,7 Pakete je 100 Einwohner gegenüber 6,0. Umgekehrt war das Verhältnis beim Bund mit 11,0 gegenüber 7,1. Der Versand von Wertsendungen ist in Schleswig-Holstein mit 55 000 Wertbriefen und 51 000 Wertpaketen gering und erreicht nicht einmal 3% des Versandes im Bundesgebiet. Erwähnt sei noch, daß 3,3 Mio Nachnahmesendungen (Briefe und Pakete) in Schleswig-Holstein eingingen.

Erfreulich ist die Entwicklung der Postaufträge, deren Zahl gegenüber 1955 um ein Zehntel zurückging und 1956 nur noch 34 700 Stück betrug. Der größte Teil hiervon, nämlich 28 000 Stück, waren Postprotestaufträge, die sich um 8,5% vermindert hatten. Das war etwas weniger als im Bundesdurchschnitt, wo die Rückgangsrate 9,3% betragen hatte. Aber der Gesamtbetrag der Protestaufträge von 6,0 Mio DM ergibt in Schleswig-Holstein nur 2,66 DM je Einwohner gegen 3,55 DM im Bund. Der Durchschnittsbetrag je Auftrag liegt allerdings mit 215 DM höher als der Bundesdurchschnitt von 189 DM. Unter den Protestaufträgen waren 3 800 protestierte Wechsel mit einem Betrag von 880 000 DM oder 233 DM je Wechsel. Das sind 0,39 DM je Einwohner gegenüber 0,60 DM im Bundesdurchschnitt bei einem Betrag von 222 DM je Wechsel.

Auf Zahlkarten und Postanweisungen wurden im Lande im Laufe des Jahres 1 294 Mio DM ein-

gezahlt. Das entspricht 103 DM je Einzahlung und 570 DM je Einwohner. Der Gesamtbetrag lag um 9,3% höher als im Vorjahre. Dieser Anstieg kam jedoch nicht an den des Bundes von 12,0% heran, wo auch 810 DM je Einwohner eingezahlt wurden bei einem Durchschnittsbetrag von 117 DM je Einzahlung. Der je-Kopfbetrag erreichte in Schleswig-Holstein also nur drei Viertel des Betrages im Bundesgebiet.

Im Postsparkassendienst stieg in Schleswig-Holstein die Summe der im Jahre 1956 eingezahlten Beträge gegenüber dem Vorjahre um 16% auf 61,1 Mio DM, die der Rückzahlungen um 29% auf 62,1 Mio DM. Damit sind erstmalig die Rückzahlungen höher als die Einzahlungen. Dies mag eine Folge der Tatsache sein, daß ein Teil der Rückzahlungen an Erholungsreisende erfolgt, die ihren Wohnsitz nicht in Schleswig-Holstein haben. Im Bundesgebiet hatten sich die Einzahlungen um 15% und die Rückzahlungen um 25% erhöht. Es wurden in Schleswig-Holstein 26,90 DM und im Bundesgebiet 27,90 DM je Einwohner eingezahlt. Dagegen betragen die Rückzahlungen 27,30 DM bzw. 24,50 DM je Einwohner. Die Beträge je Zahlungsvorgang waren im Bundesdurchschnitt größer. Sie betragen nämlich 128 DM je Einzahlung und 87 DM je Rückzahlung gegenüber 110 DM bzw. 80 DM in Schleswig-Holstein.

Über den Postscheckdienst lassen sich leider keine Landeszahlen erstellen. Die Leistungen der Post für fremde Rechnung wie Zahlung von Renten und Einziehung von Rundfunkgebühren werden an anderer Stelle behandelt, ebenso wie der Reisedienst der Kraftposten (vergleiche hierzu: "Die öffentlichen Straßenverkehrsmittel" auf Seite 290 dieses Heftes).

Vergleiche auch: "Die Leistungen der Bundespost 1953 und 1954" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 7. Jahrgang, Heft 4, April 1955, Seite 140 ff.

Sb.

Zeichenerklärung

ø	bedeutet Durchschnitt	x	in einer Tabelle: Angaben aus sachlogischen Gründen nicht möglich
p	" vorläufige Zahl	-	" " " Zahlenwert genau null
r	" berichtigte Zahl	0	" " " mehr als nichts aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
s	" geschätzte Zahl	.	" " " Zahlenwert nicht bekannt
		...	" " " Zahlenwert noch nicht bekannt

In Klammern gesetzte Zahlen in Tabellen haben eine eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Kleine Differenzen bei Additionen erklären sich durch Rundungen; allen Rechnungen liegen die ungekürzten Zahlen zugrunde.

Zahlen ohne besondere Quellenangabe sind im Statistischen Landesamt erstellt.

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 611	2 271 ^a	2 271	2 271	2 271	2 255	2 257
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*absolut	1000	856 ^b	618 ^a	618	618	617	636	636
in % der Wohnbevölkerung		33,0	27,2	27,2	27,2	27,2	28,2	28,2
Zugewanderte ²⁾										
*absolut	1000	135 ^b	135 ^a	135
in % der Wohnbevölkerung		5,2	5,9	5,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*absolut		2 078	1 502	1 533	1 675	3 170	1 528	1 983
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6	8,0 ^a	8,2	8,7	16,4	8,0	10,7
Lebendgeborene ⁴⁾										
*absolut		3 447	2 686	2 565	2 702	2 630	3 016	2 817
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		15,8	14,4 ^a	13,7	14,0	13,6	15,8	15,2
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
insgesamt		2 059	2 102	1 863	2 059	1 918	2 212	2 006
*absolut		2 059	2 102	1 863	2 059	1 918	2 212	2 006
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,5	11,3 ^a	10,0	10,7	9,9	11,6	10,8
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*absolut		172	100	89	122	82	115	88
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,7	3,5	4,5	3,1	3,8	3,1
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*absolut		+1 388	+ 585	+ 702	+ 643	+ 712	+ 804	+ 811
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,1 ^a	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,7	+ 4,2	+ 4,4
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	5 614	5 154	5 284	6 030	7 348	6 447
darunter										
Vertriebene		2 173	1 602	1 455	1 576	1 779	2 084	1 878
Zugewanderte		.	961	913	1 044	1 267	918	886
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 702	6 447	6 275	6 804	7 318	5 492
darunter										
Vertriebene		9 662	2 308	2 329	2 360	2 584	2 385	1 889
Zugewanderte		.	709	740	699	712	550	463
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	-1 088	-1 293	- 991	- 774	+ 30	+ 955
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 706	- 874	- 784	- 805	- 301	- 11
Zugewanderte		.	+ 252	+ 173	+ 345	+ 555	+ 368	+ 423
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	10 155	9 518	8 214	7 965	12 170	8 079
Wanderungsfälle ⁶⁾										
insgesamt		31 221	22 471	21 119	19 773	20 799	26 836	20 018
absolut		200	175 ^a	164	145	149	204	151
je 1000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾										
darunter										
Umsiedler		6 329 ^d	1 276	872	2 230	1 474	976	940	970	591
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	842	503	1 582	910	654	663	797	461
Baden-Württemberg		2 602	81	54	99	148	74	82	46	30
Rheinland-Pfalz		2 928	36	24	10	37	29	13	7	7
Hessen		238	20	17	10	36	25	15	15	15
Hamburg		41	285	271	512	332	194	167	105	78
Bremen		9	12	3	17	11	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	705 ⁺	731	.	.	.	755	.	.
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	477 ⁺	498	.	.	.	507	.	.
*Arbeitslose										
insgesamt										
absolut	1000	210	73	58	49	44	51	43	36	33
je 100 Arbeitnehmer		25,2	9,3	7,3	6,2	5,6	6,5	5,4	4,6	4,1
darunter										
*Männer	1000	146	44 ⁺	30	25	23	28	24	20	18
Vertriebene	1000	119 ^a	27 ⁺	21	.	.	.	16	.	.

* Die mit einem vorangestellten Stern (*) versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Ostberlin oder in der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder (1950 und 1956 einschl. Saarländer) 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mütter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) am 30. 6. 1956 b) am 13. 9. 1950 (Volkszählung) c) berechnet nach dem Bevölkerungsstand vom 30.6.1956 d) ohne Anrechnungsfälle e) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^f	1 072 ^f	1 148	.	.	.	1 180 ^g	.	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^f	431 ^f	425	.	.	.	433 ^g	.	.
*Schweine	1000	1 031 ^f	1 210 ^f	1 118	.	.	.	1 237 ^g	.	.
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^f	122 ^f	128	.	.	.	138 ^g	.	.
darunter										
*trächtig	1000	68 ^f	78 ^f	82	.	.	.	88 ^g	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	11	7	10	11	10	9	13	...
*Kälber	1000 St	14	7	4	3	2	6	5	3	...
*Schweine	1000 St	45	70	51	57	49	69	60	66	...
darunter										
*Hausschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ^h	15 ⁱ	1	1	1	2	1	1	...
*Gesamtschlachtgewicht (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	7,9	6,5	7,7	7,4	8,6	7,4	8,9	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	2,4	1,5	2,0	2,3	2,1	1,8	2,7	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,1	4,6	5,3	4,6	6,0	5,2	5,8	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	225	214	209	210	216	211	215	...
*Kälber	kg	26	40	53	59	60	48	53	59	...
*Schweine	kg	98	93	93	94	95	90	89	90	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	132	182	164	138	196	192	169	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,2	14,1	12,4	10,5	14,6	14,8	12,7	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	86	89	90	89	89	90	90	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	158	158	162	164	163	165	168	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	132	133	136	138	136	138	141	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 611	25 832	24 826	27 121	25 739	23 713	24 955	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	44,5	47,8	47,4	50,8	51,2	50,0	51,8	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	13,0	13,0	12,9	13,1	14,0	14,6	14,4	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKB ¹³⁾	81	78	75	74	76	81	74	74	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 050	12 075	12 949	12 498	12 913	12 902	13 844	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	26	26	26	29	30	27	26	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	61	64	63	66	67	62	68	...
*Stromerzeugung (netto) der ind. Eigenanlagen	Mio kWh	11	19	17	17	18	19	18	18	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mio DM	201	403	425	403	453	444	417	470	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	52	65	50	65	68	59	74	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieerzeugung	1950=100	115 ^j	197	206	200	208	225	223	210	...
einschl. Energie und Bau										
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		107	526	524	532	521	580	602	575	...
Industrie der Steine und Erden		111	176	229	217	223	197	199	218	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	130	142	154	151	167	171	164	...
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien		99	130	142	92	141	139	129	96	...
Mineralölverarbeitung		117	566	664	644	674	r 634	r 699	662	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	583	578	547	562	r 658	568	618	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	134	142	156	145	158	163	140	...
papiererzeugenden Industrie		102	234	235	242	233	262	257	238	...
Schiffbaues		126	255	311	284	290	309	287	258	...
Maschinenbaues		134	240	258	251	259	r 296	r 304	289	...
elektrotechnischen Industrie		144	323	334	352	364	r 418	393	345	...
feinmech. u. optischen Industrie		159	506	502	459	478	538	581	552	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	152	161	138	154	r 168	r 174	147	...
ledererzeugenden Industrie		97	115	100	105	105	134	120	115	...
Schuhindustrie		102	184	218	119	144	234	230	157	...
Textilindustrie		118	201	197	184	200	228	r 196	190	...
Bekleidungsindustrie		115	134	101	121	143	163	r 117	123	...
Fleischwarenindustrie		137	171	161	151	179	202	200	183	...
fischverarbeitenden Industrie		143	223	153	234	311	120	119	148	...
Molkereien u. Milchverarb. Industrie		102	105	155	130	98	183	r 187	140	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	185	200	206	206	240	221	233	...
Bauproduktion		92	158	195	195	187	190	200	182	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) d. öfftl. Kraftwerke	Mio kWh	66	98	93	77	87	91	94	109	...
*Stromverbrauch ¹⁵⁾	Mio kWh	70	117	106	107	118	118	107
*Gaserzeugung (brutto) der öfftl. Werke ¹⁶⁾	Mio cbm	11	16	15	15	16	16	15	16	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft; Monatsdurchschnitt 1956 = vorläufige Zahlen 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases f) Dezember g) Repräsentativ-Erhebung h) Ø Winterhalbjahr 1950/51 = 35 i) Ø Winterhalbjahr 1956/57 = 28 j) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1956		1956			1957			
		1950	1956	Monats-Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe¹⁷⁾										
*Beschäftigte		39 835	48 594	58 792	58 422	56 912	55 356	55 612	56 713	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	8 728	11 091	10 908	10 735	9 710	9 487	10 101	...
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 233	5 211	5 212	5 139	4 631	4 448	4 655	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	17,2	21,9	21,7	21,3	21,0	20,8	22,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	...
*Umsatz	Mio DM	24,3	53,5	66,9	68,6	67,6	60,4	56,0	70,1	...
Baugenehmigungen¹⁸⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹⁹⁾		726	751	938	666	992	905	998	915	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	337	396	441	407	453	404	445	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	37,9	41,9	36,5	45,7	51,3	50,6	51,6	...
darunter										
*für Wohngebäude	Mio DM	16,9	27,8	30,5	25,3	35,1	39,1	38,2	36,1	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	769	860	787	920	968	965	943	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	527	574	484	666	659	683	616	...
*Wohnungen ²⁰⁾		2 306	1 857	1 958	1 722	2 381	2 158	2 144	2 041	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 646	1 731	1 475	2 093	1 938	1 910	1 813	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen ²¹⁾		1 478	1 919	1 312	1 174	2 102	1 092	993	1 826	...
Wohnräume ²²⁾		4 926	6 994	4 670	4 084	7 728	4 160	3 538	6 811	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1956=100	.	.	97	99	102	105	105	116	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	102	101	106	104	106	111	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	92	93	87	109	108	114	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	91	92	99	111	96	113	...
*Sonstige Waren		.	.	97	97	103	106	105	115	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 VE ²³⁾	824	397	393	633	386	210	342	245	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 VE	1 309	1 422	588	1 528	876	487	2 149	1 559	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	5 858	7 441	4 626	4 262	9 662	5 693	6 213	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	24 117	19 460	24 225	24 892	23 338	23 220	25 529	...
Ausfuhr nach Warengruppen²⁴⁾										
*insgesamt	Mio DM	7,2	59,9	76,7	65,5	56,2	79,6	75,5	87,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	5,6	14,1	9,4	2,8	3,7	3,0	3,6	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	54,4	62,6	56,1	53,5	75,8	72,5	83,6	...
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	1,8	1,9	1,7	1,4	1,6	1,7	1,3	...
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,5	5,9	4,1	5,0	5,4	5,3	5,2	...
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	48,0	54,9	50,3	47,1	68,8	65,5	77,1	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,9	2,8	2,9	2,3	3,2	2,6	2,6	...
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	45,1	52,0	47,4	44,8	65,5	62,9	74,5	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern²⁴⁾										
Indien	Mio DM	0,0	2,7	3,6	0,8	0,6	0,3	12,4	15,4	...
Liberia	Mio DM	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	10,7	2,0	13,8	...
Niederlande	Mio DM	0,6	3,7	3,4	4,5	3,7	13,0	3,4	12,9	...
Norwegen	Mio DM	0,3	9,7	5,1	17,7	10,3	3,9	6,1	6,5	...
Schweden	Mio DM	0,6	2,8	2,9	2,1	2,0	7,9	4,0	4,3	...
Dänemark	Mio DM	0,8	3,2	3,1	3,1	2,7	3,6	7,1	3,6	...
Kuba	Mio DM	0,1	0,8	5,3	0,1	0,1	3,0	0,1	2,8	...
UdSSR	Mio DM	-	11,5	7,4	7,5	15,8	7,6	0,0	2,6	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt²⁵⁾										
Güterempfang	1000 t	141	p 319	336	428	r 433	333	371	568	...
Güterversand	1000 t	86	p 115	103	99	z 103	69	141	104	...
Binnenschifffahrt²⁴⁾										
*Güterempfang	1000 t	.	109	94	108	122	115	138	96	...
*Güterversand	1000 t	.	155	180	185	202	148	140	190	...
Nord-Ostsee-Kanal										
Schiffsverkehr²⁶⁾										
Schiffe		3 939	5 200	5 738	6 444	6 561	5 609	6 158	6 540	...
darunter										
deutsche	%	64,0	61,7	59,0	59,3	59,4	61,5	62,0	61,4	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 633	3 099	3 291	3 198	2 879	3 095	3 170	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	29,6	30,9	30,1	29,7	27,7	31,6	31,5	...

17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben
 19) bis 1955 Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956 nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 - 1955 Normal- und Notwohnungen; ab 1956 nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; 1956 - 1957: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) VE = Verrechnungseinheiten 24) 1957 = vorläufige Zahlen 25) Monatsangaben
 1956/57 = vorläufige Zahlen 26) ab 1956 ohne Sportfahrzeuge (ohne Tonnageangabe)

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
noch: VERKEHR										
noch: Nord-Ostsee-Kanal										
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 922	4 674	4 841	4 580	3 976	4 515	4 657	...
darunter										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	31,8	32,0	33,3	32,6	30,0	33,7	33,6	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 999	2 325	2 141	2 015	2 146	2 234	2 099	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 924	2 349	2 701	2 566	1 829	2 282	2 558	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
*insgesamt		1 244	2 483	2 921	2 649	2 151	3 375	3 258	2 934	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	508	861	623	422	686	680	552	...
*Personenkraftwagen		398	1 317	1 421	1 289	1 139	1 974	1 758	1 473	...
*Kombinationskraftwagen		.	97	125	118	75	153	153	162	...
*Lastkraftwagen		247	261	239	309	197	258	267	245	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle insgesamt		826	1 900	2 142	2 551	2 454	2 212	2 657	p3 021	p2 977
davon										
*nur mit Personenschaden		417	118	159	142	154	132	167	p 146	p 153
mit Personen- und Sachschaden		409	742	980	1 167	1 026	844	1 032	p1 148	p1 038
nur mit Sachschaden		17	36	27	60	44	36	51	p 37	p 45
*Getötete Personen 27)		493	1 052	1 398	1 659	1 513	1 192	1 533	p1 677	p1 474
*Verletzte Personen										
Fremdenverkehr 28)										
*Fremdenneumeldungen	1000	44 ^k	100 ^k	134	269	238	84	167
darunter										
*von Ausländern	1000	2 ^k	15 ^k	23	53	36	14	25
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^k	571 ^k	686	2 122	2 115	298	906
darunter										
*von Ausländern	1000	5 ^k	32 ^k	42	137	89	21	46
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) 29)										
*Kredite an Nichtbanken	Mio DM	741 ^m	2 392 ^m	2 361	2 364	2 359	2 525	2 565	2 570	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	441 ^m	864 ^m	941	926	913	889	920	902	...
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428 ^m	858 ^m	935	919	907	884	914	896	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299 ^m	1 528 ^m	1 421	1 439	1 446	1 635	1 645	1 667	...
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	263 ^m	1 303 ^m	1 218	1 235	1 236	1 429	1 435	1 451	...
*Sicht- und befristete Einlagen von Nichtbanken 29)	Mio DM	408 ^m	1 476 ^m	1 326	1 332	1 363	1 613	1 612	1 668	...
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231 ^m	616 ^m	498	529	542	675	678	733	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131 ^m	704 ^m	666	657	665	775	783
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	94 ^m	470 ^m	442	441	447	509	513	519	529
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	38	34	35	33	39	35
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	30	27	44	26	30	27
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	15	13	11	19	8	10	9	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	3	2	3	2	2	5	1	...
Wechselproteste	Anzahl	682	1 136	1 118	1 218	1 112	1 081	920
	Wert	517	697	648	651	662	801	702
ÖFFENTLICHE FÜRSORGE 30)										
*Laufend Unterstützte in der offenen Fürsorge										
*Parteien	1000	56 ⁿ	47 ⁿ	42 ^q	.	.	.	44 ^t	.	.
Personen										
*absolut	1000	90 ⁿ	67 ⁿ	61 ^q	.	.	.	63 ^t	.	.
*je 1 000 Einwohner		34,9 ⁿ	29,4 ⁿ	26,7 ^q	.	.	.	27,7 ^t	.	.
Aufwand 31)										
insgesamt										
*absolut	1000 DM	15 499 ⁺	20 771 ⁺	15 811 ^u	.	.	.	16 565 ^v	.	.
*je Einwohner	DM	6,02 ⁺	9,15 ⁺	6,96 ^u	.	.	.	7,35 ^v	.	.
darunter für										
Offene Fürsorge										
*Laufende Unterstützung	1000 DM	7 388 ⁺	7 976 ⁺	7 085 ^u	.	.	.	7 855 ^v	.	.
Einmalige Unterstützung	1000 DM	.	1 923 ⁺	1 128 ^u	.	.	.	1 097 ^v	.	.
*Geschlossene Fürsorge	1000 DM	3 900 ⁺	7 300 ⁺	5 835 ^u	.	.	.	5 870 ^v	.	.

+) = Vierteljahresdurchschnitt

27) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 28) 1957 = vorläufige Zahlen

29) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 30) einschl. Tbo-Hilfe 31) einschl. Sonderleistungen

k) 1950 (1. Vierteljahr geschätzt); Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden; für das Sommerhalbjahr Mts.-Ø = 61 000 Fremdenneumeldungen mit 377 000 Übernachtungen. Ab 1956: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden; für das Sommerhalbjahr Mts.-Ø = 149 000 Fremdenneumeldungen mit 986 000 Übernachtungen m) Stand: 31. 12. n) aus 4 Stichtagen q) Stand: 30.6.1956

t) Stand: 30.6.1957 u) 1. Rechnungsvierteljahr 1956 v) 1. Rechnungsvierteljahr 1957

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
STEUERN³²⁾										
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	71 977	69 591	75 037	71 644	72 600	72 825	76 917	76 359
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatz-	1000 DM	14 580	27 080	24 235	28 360	25 847	25 737	26 726	28 888	30 148
ausgleichsteuer	1000 DM	281	858	828	981	920	858	885	1 076	1 037
*Beförderungsteuer	1000 DM	1 381	6 444	5 394	6 313	6 001	6 122	6 117	6 793	6 378
*Zölle	1000 DM	27 474	35 537	34 398	36 754	36 886	39 436	37 968	39 713	38 501
*Verbrauchssteuern	1000 DM	22 295	28 503	26 691	30 042	30 035	31 793	29 807	31 877	32 397
darunter										
*Tabaksteuer ³³⁾	1000 DM	951	2 058	4 736	2 629	1 989	447	1 129	446	294
*Notopfer Berlin	1000 DM									
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben ³⁴⁾	1000 DM	5 569	6 503	3 563	3 407	8 809	11 090	2 795	2 601	8 564
*Landesteuern ³⁵⁾	1000 DM	14 273	34 514	45 662	28 693	26 901	25 764	55 481	35 096	29 408
darunter										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	11 505	10 398	12 105	12 558	10 704	10 926	15 670	16 136
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	12 608	22 224	7 185	3 595	5 327	28 492	8 277	4 051
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	374	797	884	325	325	835	964	224
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	3 646	6 720	1 932	2 609	1 154	9 748	4 184	1 086
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 450	1 175	1 893	2 610	3 123	325	392	2 673
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	2 723	2 608	2 723	2 529	2 973	2 895	3 233	2 939
*Biersteuer	1000 DM	248	305	261	373	347	357	403	391	532
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	45 952 ⁺	42 379 ^w	.	.	.	47 137 ^w	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 555 ⁺	5 973 ^w	.	.	.	5 967 ^w	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	10 938 ⁺	10 423 ^w	.	.	.	11 091 ^w	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag	1000 DM	9 066 ⁺	25 181 ⁺	22 720 ^w	.	.	.	26 523 ^w	.	.
und Kapital	1000 DM	1 799 ⁺	3 279 ⁺	3 263 ^w	.	.	.	3 557 ^w	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	3 335 ⁺	5 296 ⁺	4 913 ^w	.	.	.	5 306 ^w	.	.
*Sonstige Steuern	1000 DM			
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	107	107	106	107	108	106	p 106	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	129	129	127	128	130	131	p 133	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1950=100	100	121	120	120	121	124	124	124	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51	100 ^y	123 ^z	133	127	128	126	p 130	p 138	...
=100										
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	255	.	.	256	270	.	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher	1950/51	100 ^y	117 ^z	.	.	121	122	121	p 121	.
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	=100									
Einzelhandelspreise	1950=100	100	106	107	107	106	108	109	110	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁶⁾	1950=100	100	113	113	113	113	114	115	116	116
darunter										
Ernährung	100	119	120	120	118	120	120	124	123	
Wohnung	100	117	117	117	117	119	119	119	119	
Heizung und Beleuchtung	100	132	131	132	132	135	135	136	136	
Bekleidung	100	97	97	97	98	101	101	101	102	
Hausrat	100	105	105	105	106	109	110	110	110	
LÖHNE DER INDUSTRIEARBEITER³⁷⁾										
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste										
*Männer	DM	64,16	102,12	.	.	103,62	109,33
darunter										
*Facharbeiter	DM	68,90	110,40	.	.	111,86	116,11
*Frauen	DM	37,09	59,05	.	.	60,23	62,13
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste										
*Männer	Pf	130,4	205,3	.	.	206,0	225,1
darunter										
*Facharbeiter	Pf	139,8	220,5	.	.	221,5	238,5
*Frauen	Pf	80,8	126,3	.	.	128,5	137,8
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit										
*Männer	Std	49,2	49,7	.	.	50,3	48,6
*Frauen	Std	45,9	46,8	.	.	46,9	45,1

+) = Vierteljahresdurchschnitt

32) Rechnungsjahr 33) ohne Abgabe auf Postsendungen 34) 1950 nur Soforthilfe-Abgaben 35) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 36) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 37) Effektivverdienste, nach der vierteljährlichen Lohnsummenstatistik - Aus methodischen Gründen sind die Ergebnisse wie August 1956 mit denen von Mai 1957 nicht vergleichbar w) 1. 4. - 30. 6. y) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) z) Wirtschaftsjahr 1955/56 (Juli - Juni)

b) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹⁾					Industrie ²⁾		Straßenverkehrsunfälle im 2. Vierteljahr 1957				
	30. 9. 1956	31. 12. 1956	31. 3. 1957	30. 4. 1957	31. 5. 1957	Veränderung Mai 1957 in % gegenüber Volkszählung		Be-schäf-tigte am 31. 7. 1957	Umsatz ³⁾ in Mio DM im Juli 1957	Un-fälle	Getö-tete ⁴⁾	Ver-letzte
						1939	1950					
Flensburg	93 039	93 293	93 678	93 833	93 788	+ 32,3	- 8,8	6 992	20,4	366	1	183
Kiel	256 816	258 061	258 583	258 454	258 626	- 5,5	+ 1,6	34 645	60,6	998	7	534
Lübeck	229 647	229 425	229 607	229 580	229 678	+ 48,4	- 3,6	34 441	80,2	922	6	433
Neumünster	72 146	72 256	72 344	72 353	72 269	+ 33,6	- 1,6	12 605	20,9	285	2	158
Eckernförde	66 560	66 387	66 533	66 278	66 509	+ 55,4	- 23,2	1 433	3,1	189	8	108
Eiderstedt	19 853	19 597	19 499	19 476	19 594	+ 29,5	- 25,1	376	1,7	32	-	11
Eutin	88 748	88 592	88 385	88 401	88 717	+ 72,3	- 17,2	3 893	11,9	304	7	171
Flensburg-Land	61 513	61 946	61 697	62 042	61 812	+ 38,4	- 21,6	859	1,8	126	2	95
Hzgt. Lauenburg	129 886	129 541	129 515	129 493	129 528	+ 77,9	- 13,8	9 150	16,5	336	8	198
Husum	61 966	61 774	61 728	61 593	61 412	+ 29,4	- 21,7	885	2,8	168	2	120
Norderdithmarschen	59 655	59 311	59 093	59 006	58 851	+ 32,7	- 24,1	946	2,1	144	5	84
Oldenburg (Holst.)	77 751	77 187	76 924	76 782	76 728	+ 44,9	- 22,9	1 222	6,3	184	3	127
Pinneberg	194 291	194 983	197 412	198 037	198 471	+ 78,1	- 0,7	19 015	55,8	543	9	294
Plön	107 299	107 027	106 843	106 688	106 732	+ 58,3	- 14,1	1 899	6,0	303	16	151
Rendsburg	155 613	155 797	155 877	155 696	155 590	+ 56,6	- 16,0	2 755	20,2	405	12	232
Schleswig	98 891	98 732	98 788	98 602	98 566	+ 27,0	- 22,9	3 786	24,6	234	3	107
Segeberg	91 489	91 322	91 304	91 347	91 295	+ 69,9	- 18,0	4 545	11,0	289	7	195
Steinburg	122 643	122 581	122 659	122 710	122 535	+ 42,2	- 21,5	9 087	29,9	319	6	165
Stormarn	132 267	132 276	132 668	132 635	132 731	+ 95,5	- 9,4	6 372	64,4	411	9	217
Süderdithmarschen	74 879	74 640	74 373	74 011	73 881	+ 36,8	- 24,8	4 768	26,8	135	-	76
Südtondern	57 301	56 705	57 037	57 185	57 723	+ 24,8	- 19,7	1 135	2,8	147	4	70
Schleswig-Holstein	2 252 253	2 251 433	2 254 547	2 254 202	2 255 036	+ 41,9	- 13,1	167 809	469,8	6 840	117	3 729

Kreisfreie Städte und Landkreise	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 2. Vierteljahr 1957						Baufertigstellungen im 1. Halbj. 1957		Einnahmen aus Gemeindesteuern im 1. Rechnungsvierteljahr 1957			
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden		Wohnungen		Normal-wohnungen	Normal-wohn-räume ⁵⁾	ins-gesamt in 1 000 DM	darunter		
	ins-gesamt	dar.	ins-gesamt	dar.	ins-gesamt	dar.				absolut in 1 000 DM	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme	
		für Wohn-gebäude		in Wohn-gebäuden		in ganzen Wohn-gebäuden	absolut in DM	je Einwohner				
1 000 DM		1 000 cbm										
Flensburg	6 207	3 187	97	56	181	166	149	534	2 441	1 560	17	+ 18
Kiel	19 490	12 168	331	206	696	635	1 095	3 537	9 140	6 553	25	+ 18
Lübeck	9 014	5 557	184	97	326	290	617	2 259	8 128	5 434	24	+ 5
Neumünster	2 225	2 001	42	32	92	83	88	319	2 465	1 646	23	+ 28
Eckernförde	4 364	3 821	86	67	206	180	166	618	980	385	6	+ 53
Eiderstedt	1 810	1 044	33	18	84	71	22	102	427	100	5	- 22
Eutin	2 707	1 745	46	31	100	80	104	380	1 807	820	9	+ 16
Flensburg-Land	2 378	1 989	59	42	115	106	109	382	847	246	4	+ 0
Hzgt. Lauenburg	8 283	6 905	165	121	408	354	283	1 098	2 401	1 352	10	+ 36
Husum	2 769	1 925	57	36	119	99	42	163	1 025	387	6	+ 17
Norderdithmarschen	2 019	1 771	39	30	109	91	56	226	1 071	507	9	+ 16
Oldenburg (Holst.)	5 855	4 793	115	81	239	209	218	809	1 468	567	7	+ 21
Pinneberg	26 640	22 233	456	364	1 148	1 061	337	1 195	4 647	2 862	15	+ 19
Plön	10 820	9 710	229	181	637	592	129	492	1 655	607	6	+ 6
Rendsburg	11 462	10 564	195	169	511	488	324	1 132	3 001	1 599	10	+ 28
Schleswig	2 210	1 706	57	34	104	95	136	474	1 765	786	8	+ 1
Segeberg	3 539	2 632	74	49	144	117	142	567	1 479	649	7	+ 38
Steinburg	5 428	3 106	105	52	171	140	191	699	2 848	1 741	14	+ 18
Stormarn	10 327	8 059	196	145	461	371	249	896	2 427	1 154	9	+ 22
Süderdithmarschen	3 375	1 895	93	31	106	90	86	299	1 344	597	8	+ 9
Südtondern	5 082	4 014	105	77	246	203	97	376	1 081	527	9	+ 19
Schleswig-Holstein	146 004	110 825	2 764	1 919	6 203	5 521	4 640	16 557	52 443	30 079	13	+ 17

1) nach den Ergebnissen der Wohnungsstatistik 1956/57 (Wohnungszählung am 25. 9. 1956) 2) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 5) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND *)

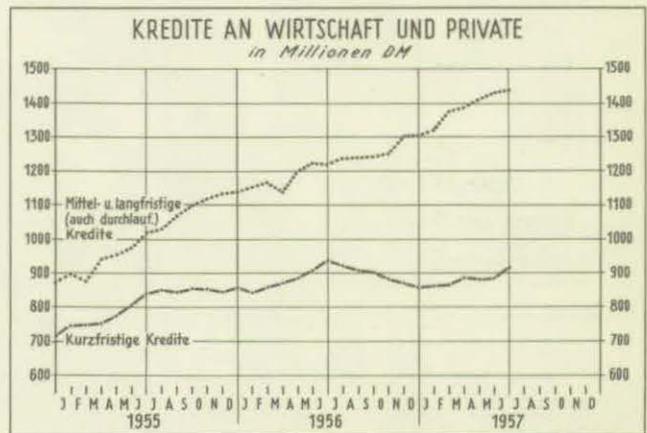
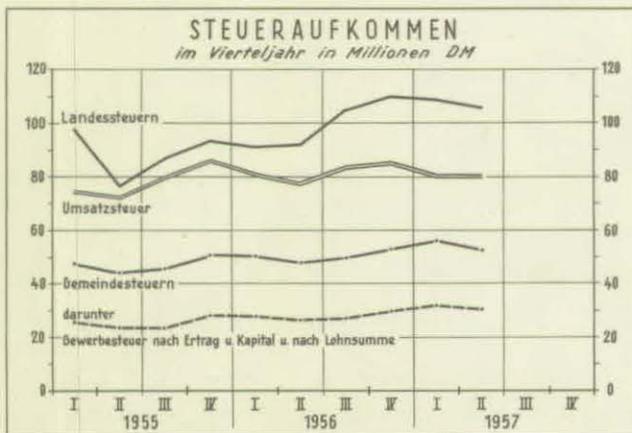
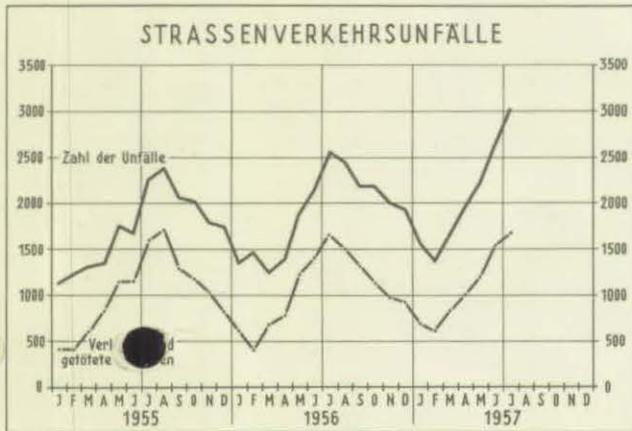
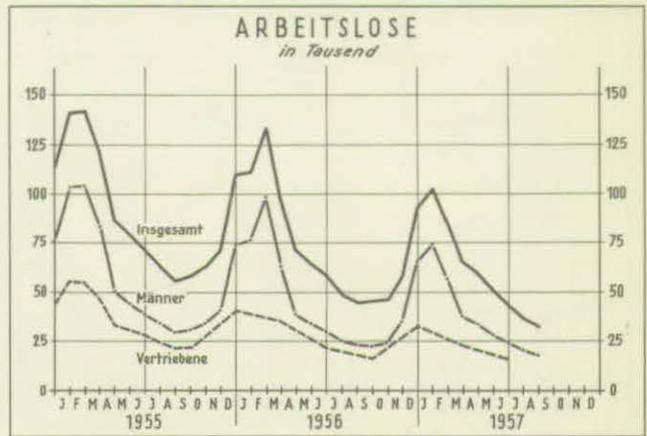
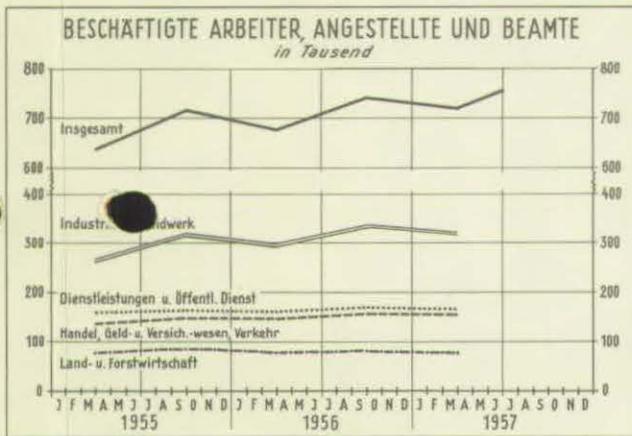
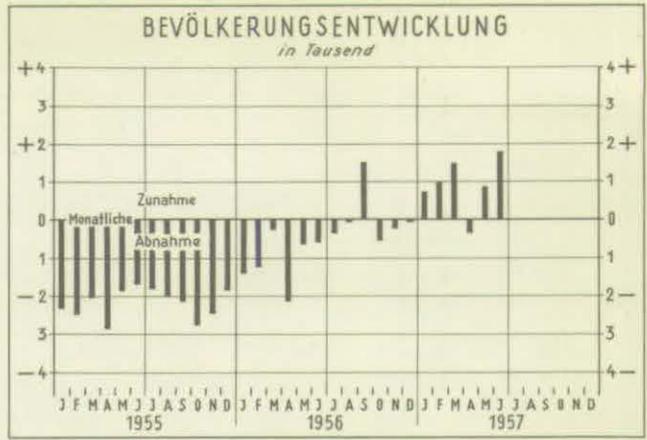
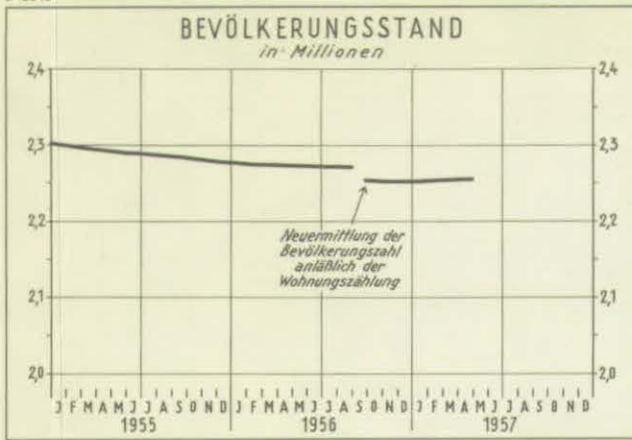
Bezeichnung	Zeit Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Würtbg.	Bayern
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung											
in 1000	30.6.1956	50 595	2 271	1 793	6 541	649	14 990	4 603	3 325	7 232	9 192
darunter											
Vertriebene ¹											
in % der jeweiligen Wohnbevölkerung	"	17,5	27,2	10,7	25,5	13,1	14,2	17,8	8,0	17,0	19,9
Zugewanderte ²											
in % der jeweiligen Wohnbevölkerung	"	5,4	5,9	7,4	6,7	6,4	5,8	6,4	4,2	5,0	3,4
Veränderung in %											
Juni 1956 gegenüber VZ 1939	"	+ 28,6	+ 42,9	+ 4,7	+ 44,1	+ 15,3	+ 25,6	+ 32,3	+ 12,3	+ 32,1	+ 29,8
" 1956 " VZ 1950	"	+ 6,1	- 12,5	+ 11,7	- 3,8	+ 16,1	+ 13,6	+ 6,5	+ 10,7	+ 12,5	+ 0,1
Bevölkerungsdichte Einwohner je qkm ³	"	206	145	2 400	138	1 606	441	218	168	202	130
Arbeit											
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴											
in 1000	30.6.1957	18 920	755	765	2 339	266	6 184	1 644	1 049	2 765	3 153
Arbeitslose											
in 1000	31.7.1957	390	36	17	77	8	64	36	20	22	110
je 100 Arbeitnehmer ⁵	"	2,0	4,6	2,1	3,2	2,9	1,0	2,2	1,9	0,8	3,4
Arbeitslose Vertriebene											
in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	30.6.1957	22,8	36,7	7,7	29,3	10,8	11,4	22,5	10,6	25,6	25,4
Landwirtschaft											
Rindvieh in 1000	3.6.1957	12 293	1 180	18	2 377	19	1 604	812	729	1 735	3 818
darunter											
Milchkühe (einschl. Zugkühe)	"	5 642	433	8	981	7	770	406	347	861	1 829
Schweine in 1000	"	14 100	1 237	25	3 976	20	2 476	1 107	726	1 501	3 033
Erzeugung von Kuhmilch ⁶											
in 1000 t	Juli 1957	1 664	169	3	380	3	281	104	75	197	452
in kg je Kuh und Tag	"	9,5	12,7	12,2	12,4	11,8	11,5	8,2	7,0	7,4	8,1
Industrie											
Beschäftigte ⁷											
in 1000	30.6.1957	7 232	165	218	647	104	2 821	589	340	1 286	1 063
je 1000 Einwohner	"	142,9	72,7	121,6	98,9	160,2	188,2	128,0	102,3	177,8	115,6
Umsatz ⁷											
insgesamt in Mio DM	Juni 1957	15 250	417	741	1 521	296	6 150	1 140	727	2 361	1 897
darunter											
Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 451	59	68	228	52	1 060	225	119	362	279
Produktionsindex ⁸ (arbeitstgl.; 1950=100)	"	p 202	223	196	237	213	p 213
Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Beschäftigte											
in 1000	30.6.1957	1 263	56	41	164	20	413	104	71	188	207
je 1000 Einwohner	"	25	24	23	25	31	28	23	21	26	23
Geleistete Arbeitsstunden											
insgesamt in Mio	Juni 1957	206	9	7	27	3	68	17	12	30	34
darunter											
für Wohnungsbauten in %	"	47	47	43	51	41	46	47	49	50	46
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁹											
absolut	Juni 1957	42 584	2 144	1 518	4 644	550	12 951	3 293	2 534	6 320	8 630
je 10 000 Einwohner	"	8,4	9,4	8,5	7,1	8,5	8,6	7,2	7,6	8,7	9,4
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)											
absolut	"	28 239	993	2 467	2 674	531	10 992	1 371	1 386	3 780	4 045
je 10 000 Einwohner	"	5,6	4,4	13,8	4,1	8,2	7,3	3,0	4,2	5,2	4,4
Ausfuhr											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM	Juni 1957	2 856 ^a	75	128	245	41	1 146	232	133	434	292
Verkehr											
Bestand an Kraftfahrzeugen ¹⁰											
insgesamt											
in 1000	1.7.1957	6 110	225	173	756	58	1 583	589	400	998	1 328
je 1000 Einwohner	"	121	99	97	116	89	106	128	120	138	145
darunter											
Personenkraftwagen ¹¹											
in 1000	"	2 451	92	105	283	34	720	241	142	381	453
je 1000 Einwohner	"	48	40	59	43	52	48	52	43	53	49
Strassenverkehrsunfälle											
insgesamt	1.Vj.1957	129 605	4 608	8 514	14 503	2 287	42 805	13 170	6 951	16 458	20 309
je 10 000 Einwohner	"	26	20	47	22	35	29	29	21	23	22
Getötete Personen											
absolut	"	2 439	86	92	347	31	869	175	158	323	358
je 1000 Unfälle	"	19	19	11	24	14	20	13	23	20	18
Steuern											
Steueraufkommen je Einwohner in DM											
Landesteuern ¹²	1.Rv.j.1957	88	47	178	62	127	104	96	58	99	71
Bundessteuern ¹³	"	99	97	370	73	257	107	68	80	93	70
Geld und Kredit											
Bestand an Spareinlagen											
je Einwohner in DM	30.6.1957	477	345	711	426	586	516	451	410	502	447

*) ohne Saarland und Berlin (West)

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Ostberlin oder in der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Gebietsstand: 31. 12. 1954 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) Beschäftigte und Arbeitslose 6) vorläufige Zahlen 7) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 8) Gesamtindex (ohne Bau) 9) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 10) ohne Kraftfahrzeuge der Deutschen Bundespost und Bundesbahn (insgesamt 27 258 Fahrzeuge); einschl. der aus steuerlichen oder sonstigen Gründen stillgelegten Fahrzeuge 11) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 12) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (33 1/3 % im Rechnungsjahr 1957) 13) einschl. Notopfer Berlin a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN A*

D-2315



* Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Index der industriellen Produktion; Industriebeschäftigte; Industrieumsatz, dar. Auslandsumsatz; Arbeitsverdienste; Beschäftigtenzahl und Produktionsindex für Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie.

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Heft 1/1957

- Die chemische Industrie in Schleswig-Holstein 1950 – 1955
- Die Entwicklung des Schlepperbestandes in den Nachkriegsjahren
- Der Preisindex für den Wohnungsbau seit 1954
- Das Steueraufkommen im Rechnungsjahr 1955

Heft 2/1957

- Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bodennutzung
- Der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau 1953 – 1955
- Der neue Index der Industrieproduktion
- Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1955

Heft 3/1957

- Die Bauwirtschaft im Jahre 1956
- Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge 1954 und 1955
- Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bodennutzung – Fortsetzung –
- Die Strassenverkehrsunfälle im Jahre 1955
- Der Saisonverlauf der Beschäftigung in der Industrie Schleswig-Holsteins
- Die Getreideernte 1956
- Die Eingliederung Vertriebener als selbständige Betriebsinhaber in die Landwirtschaft
- 40 Wohnungen weniger je 1 000 Einwohner als 1939

Heft 4/1957

- Der Schiffbau in Schleswig-Holstein 1950 – 1956
- Die Entwicklung der organisierten Grosstierzucht seit 1950
- Der Gütertransport auf dem Wasserwege 1954 und 1955
- Der Interzonen- und Berlinhandel 1955 und 1956
- Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1956
- Kriegs- und Schwerbeschädigte 1955 und 1956
- Vorläufiges Bauergebnis 1956

Heft 5/1957

- Die öffentlichen Finanzen 1955
- Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1956
- Der Anbau von anerkanntem Gemüsesaatgut
- Der Gütertransport auf dem Wasserwege 1954 und 1955 (Teil II)
- Die Ausländer in Schleswig-Holstein
- Die Streiks in Schleswig-Holstein 1950 – 1956

Heft 6/1957

- Die öffentlichen Finanzen 1955 (2. Teil)
- Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1956
- Der Altersaufbau der Bevölkerung
- Die Baugenehmigungen im Jahre 1956
- Erste Ergebnisse der Handwerkszählung 1956
- Ansteckende Krankheiten in den Jahren 1955 und 1956
- Die Pflanzenbestände in den Baumschulen

Heft 7/1957

- Vorausberechnung 5 – Bedarf und Nachwuchs an Volks- und Mittelschullehrern in Schleswig-Holstein
- Die feinmechanische und optische Industrie 1950 – 1956
- Turnen und Sport in Schleswig-Holstein
- Kraftfahrzeuge in Schleswig-Holstein 1956
- Die Einzelhandelsumsätze 1955 und 1956
- Die Boden- und Kommunalkreditinstitute 1954 – 1956

Heft 8/1957

- Der Verkehr durch den Nord-Ostsee-Kanal 1955/1956
- Umsiedlung und Vertriebene im Jahre 1956
- Der grenzüberschreitende Reiseverkehr 1955 und 1956
- Die Erzeuger- und Großhandelspreise seit 1950
- Die Witterung der Jahre 1954 – 1956
- Die Schlüsselzuweisungen im Rechnungsjahr 1957

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel-Wik, Mecklenburger Str. 54, Fernruf: Kiel 31 671, Hausapp. 53. Schriftleitung: Dipl.-Vw. Andreas Hansen, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,--DM, Vierteljahresbezug 5,--DM, Jahresbezug 15,--DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein – Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet –

Postbezugspreis entfällt, da nur V-Stücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen